

Monitoring 2024.3 vom 15.01.2024

ANALYSE I

S. 3

HAUSHALT 2024: SUBVENTIONSKÜRZUNG AUF DEN WEG – BMF LEGT ÄNDERUNGEN VOR

Mit einem Zweitem Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 will die Ampel ihre geplanten Einsparungen umsetzen. Eine Formulierungshilfe für die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP beschloss das Kabinett im Eilverfahren. Aus der zweiten Bereinigungsvorlage des BMF gehen außerdem massive Streichungen im Bereich der Schiene und E-Mobilität hervor. Einige Verhandlungserfolge der Ampel-Haushälter geraten im Haushaltschaos unter die Räder.

ANALYSE II

S. 11

HESSEN: SCHWARZ-ROT WILL KEIN VERKEHRSMITTEL BEVORZUGEN

Am 18. Januar wird der neue hessische Landtag zusammentreten und die neue Landesregierung aus Union und SPD vereidigt. Tempolimits und Fahrverbote werden darin abgelehnt. Viele Projekte, wie den Ausbau des ÖPNV und der Schiene, wollen die Partner beibehalten. Für die geplante Beschleunigung aller Autobahnprojekte dürfte es inzwischen jedoch zu spät sein. Wir werfen einen Blick in den Koalitionsvertrag.

ERGEBNISSE

S. 14

BUNDESREGIERUNG

Keine Ergebnisse

BUNDESTAG

Halbzeitbilanz der Bundesregierung in der Verkehrspolitik

Anteil der Lkw mit alternativen Antrieben bei 1,75 Prozent

Rückenwind für unsere Wirtschaft und Gesellschaft

STAKEHOLDER

Bündnis: Verkehrswende braucht Zeitenwende

EVG Martin Burkert – Verkehrswende braucht

Zeitenwende: "Mobilität ist mehr als Automobilität"

STATUS

S. 23

NEU

-  Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024
- 
- 
- 

IM PROZESS

-  Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)
- 
- 

VERABSCHIEDET

-  Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen
- 
- 
- 

AUSBLICK

S. 42

BUNDESTAG

64. Sitzung des Verkehrsausschusses

66. Sitzung des Wirtschaftsausschusses

73. Sitzung des Haushaltsausschusses

BUNDESRAT

421. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

936. Sitzung des Wirtschaftsausschusses

TERMINE

DVF-Jahresauftaktveranstaltung 2024

Bertelsmann Stiftung zu klimaschädlichen Subventionen

30. H2-Wirtschaftsgespräch



EDITORIAL

BÜROKRATIEENTLASTUNGSGESETZ AUF DEM WEG

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

um 9,3 Milliarden Euro seien die Bürokratiekosten für Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitraum von Juli 2022 und Juni 2023 durch neue Regelungen dauerhaft gestiegen, schätzt der Nationale Normenkontrollrat (NKR) in seinem Ende vergangenen Jahres veröffentlichten Bericht. Abhilfe soll das im Koalitionsvertrag der Ampel angekündigte Bürokratieentlastungsgesetz schaffen, wozu das Bundesjustizministerium (BMJ) nun einen Referentenentwurf veröffentlichte. Das Entlastungsvolumen des geplanten Vierten Bürokratieentlastungsgesetzes (BEG IV) betrage rund 682 Millionen Euro pro Jahr.

Darin enthalten sind etwa neue Regelungen im Passgesetz (PassG), "damit die Abfertigung von Flügen reibungsloser läuft". Demnach könnten etwa biometrische Daten bei Check-ins und Sicherheitskontrollen digital ausgelesen werden. Durch die Anpassung des Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetzes (SUG) und die Folgeänderungen im Seeaufgabengesetz (SeeAufgG) sollen das Seeamtsverfahren und das Verfahren der Vorprüfstelle als gesondertes Verwaltungsverfahren aufgegeben und durch das standardisierte Verwaltungsverfahren nach der Seeleute-Befähigungsverordnung (See-BV) abgelöst werden.

Weitere in den Eckpunkten zum BEG IV angekündigte Änderungen finden sich im Referentenentwurf noch nicht. Dort kündigte die Bundesregierung an, eine Verordnung über die technischen Standards für Wasserstofftankstellen für Kraftfahrzeuge zu erlassen und darin Ausgestaltungsvorgaben und Betankungsprotokolle zu regeln. Die Küstenschiffahrtsverordnung (KüSchV), wonach nicht aus der EU stammende Seeschiffe eine Genehmigung für innerdeutsche Transporte in den Küstengewässern benötigen, sollte abgeschafft werden.

Kommen Sie gut durch die Woche!

MAXIMILIAN MÜNTER

Analyst für Verkehrspolitik

- ☎ 030 290 21 11421
- @ maximilian.muenter@tagesspiegel.de
- 🐦 <https://twitter.com/TspMonitoringVk>



 ANALYSE I

HAUSHALT 2024: SUBVENTIONSKÜRZUNG AUF DEN WEG – BMF LEGT ÄNDERUNGEN VOR

HAUSHALT

STEUERN/ABGABEN/UMLAGEN

FINANZEN

PAUL MEERKAMP, MAXIMILIAN MÜNTER UND ALINA RAPAPORT

Das Kabinett ließ sich von den Protesten der Landwirt:innen nicht beirren und hat am vergangenen Montag eine Formulierungshilfe für einen von den Koalitionsfraktionen einzubringenden Gesetzentwurf für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 im Umlaufverfahren beschlossen. Mit dem Artikelgesetz sollen die im Zuge der Einsparungen beim Bundeshaushalt 2024 notwendigen Gesetzesänderungen umgesetzt werden. Die Maßnahmen waren in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) notwendig geworden. Die Ampelspitzen einigten sich am 15. Dezember auf größere Umbauten, die jedoch Anfang Januar nochmals überarbeitet wurden (vgl. TPM 2024.02). Das Bundesfinanzministerium (BMF) legte inzwischen die entsprechende Bereinigungsvorlage vor.

ABBAU VON SUBVENTIONEN BEIM AGRARDIESEL

Eingang in den Entwurf der Koalitionsfraktionen eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 hat nun etwa der Abbau der Steuerbegünstigung bei Agrardiesel mit einer Änderung des Energiesteuergesetzes (EnergieStG) gefunden. Die Subvention soll nicht wie ursprünglich geplant schon dieses Jahr entfallen, sondern im Zeitverlauf sinken. Demnach würde bis 29. Februar 2024 die bestehende Steuerentlastung von umgerechnet 21,48 Cent pro Liter gelten, vom 1. März bis zum 31. Dezember 2024 soll die Agrarsubvention um 40 Prozent sinken. Eine weitere Halbierung im Vergleich zum vorherigen Wert auf rund 6,44 Cent pro Liter ist 2025 vorgesehen, wobei Landwirt:innen für 2026 verbrauchten Diesel keine steuerliche Rückerstattung mehr erhalten.

TEIL DER WINDKRAFT-ERLÖSE FLIESST IN BUNDESHAUSHALT

Auch die Änderung des Wind-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) ist Teil des auf den Weg gebrachten Entwurfs. Mittelkürzungen bei Meeresnaturschutz und umweltschonender Fischerei aus den Offshore-Windkraft-Auktionserlösen sollen dazu beitragen, die neue Lücke von 2,5 Milliarden Euro im Etat zu schließen, die auch durch die Teil-Rücknahme des Subventionsabbaus entstanden ist. Dazu erweitert die Bundesregierung den Spielraum, um die Mittel für die Offshore-Windpark-Ausschreibungen im Jahr 2023 im Haushalt zu nutzen.

Konkret sollen die Mittel aus Offshore-Wind-Ausschreibungen des letzten Jahres nicht nur für Maßnahmen zum Meeresschutz, der umweltschonenden Fischerei und der Senkung der Offshore-Netzzumlage verwendet werden können (Zweckbindung in § 57 des WindSeeG), sondern auch "als Einnahmen des Bundeshaushalts". Dadurch sinken die Mittel aus den Erlösen, die das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) und das Bundesumweltministerium (BMUV) zwecks Meeresschutz und umweltfreundlicher Fischerei bewirtschaften.

Laut dem Gesetzentwurf soll das BMEL statt fünf Prozent nur noch ein Prozent der Erlöse aus der vorjährigen Ausschreibung erhalten. Dies entspricht Geldern in Höhe von 134 Millionen Euro statt wie zuvor 670 Millionen Euro. Das BMUV, das ursprünglich genauso viel Geld aus der Ausschreibung wie das BMEL erhalten sollte, würde nach dem Gesetzentwurf 3,125 Prozent des Gesamtbetrags der Ausschreibungen aus 2023 bekommen, was 418,75 Millionen Euro entspricht. 5,875 Prozent des Gesamtbetrags

würden als "Transformationskomponente an den Bundeshaushalt" abgeführt. Rechnerisch ergibt sich daraus ein Zuschuss der angekündigten rund 780 Millionen Euro für den Bundeshaushalt. Die Gesetzesänderung soll rückwirkend zum 1. Januar 2023 in Kraft treten.

RECHTSPRÜFUNG NOCH NICHT ABGESCHLOSSEN

Eine weitere bereits angekündigte Änderung betrifft das Luftverkehrssteuergesetz (LuftVStG). Je nach Reiseziel steigen die Ticketsteuern für Flüge je Passagier von 2,50 Euro bis 11,40 Euro auf 15,53 Euro bis 70,83 Euro. Das Bundesfinanzministerium (BMF) soll aber per Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Steuersätze für das folgende Kalenderjahr prozentual absenken können, wenn das Aufkommen durch die Luftverkehrssteuer 2,33 Milliarden Euro im Vorjahr überstiegen hat. Die höhere Ticketsteuer soll an Stelle der ursprünglich geplanten Kerosinsteuer eingeführt werden.

Endgültige Klarheit über die Rechtskonformität gibt es aber noch nicht. Denn die Rechtsprüfung ist aufgrund der eiligen Umsetzung der Gesetzesvorhaben "teilweise nicht abgeschlossen", so das BMF in dem Anschreiben zur Kabinetttvorlage. "Aus Sicht der federführenden Ressorts steht die noch nicht abgeschlossene Rechtsprüfung einer Kabinettbefassung nicht im Wege, das Bundesministerium der Justiz ist dem nicht entgegengetreten." Am Donnerstag bewerteten Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler:innen den Entwurf noch einmal im Rahmen einer Öffentlichen Anhörung zum "Allgemeinen Teil" im Haushaltsausschuss des Bundestages. Eine zweite Anhörung folgt am Montag, 15. Januar, im Finanzausschuss zum "Steuerteil".

UNION STELLT KEINE ANTRÄGE

Mit Spannung erwartet wird noch die anstehende zweite Bereinigung des Haushaltsentwurfs 2024 am 18. Januar. Denn offen ist, ob die Ampel-Haushälter:innen die Gelegenheit nutzen, um weitere Umbauten am Bundeshaushalt vorzunehmen und damit Entscheidungen des Haushaltsausschusses der ersten Bereinigungssitzung am 16. November rückgängig machen. Dass noch keine Anträge von der Ampel vorgelegt wurden, moniert auch die Union im Bundestag. In einem internen Rundschreiben vom 5. Januar erklärt der haushaltspolitische Sprecher Christian Haase (CDU): "Bei einem derartigen Vorgehen sind seriöse Haushaltsberatungen nicht möglich." Aus diesem Grund werde die Fraktion erneut keine eigenen Anträge stellen.

Am Mittwoch aber lieferte das Bundesfinanzministerium (BMF) zumindest seine Bereinigungsverlage. Die Vorhaben dürften den Haushälter:innen von SPD, Grünen und FDP nicht besonders gut schmecken. Einige für sie wichtige Verhandlungserfolge im Entwurf des Bundeshaushalts 2024 sollen demnach wieder rückgängig gemacht werden.

STREICHUNGEN AUF DER SCHIENE

Die größten Umbauten betreffen die Deutsche Bahn (DB) und die Schieneninfrastruktur. Bei der DB soll die Eigenkapitalerhöhung nach den Plänen des BMF in diesem Jahr von 1,125 Milliarden auf insgesamt 5,5 Milliarden Euro steigen. Davon müssten nach einer verbindlichen Erläuterung 1,125 Milliarden Euro für die Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2023 und die restlichen 4,375 Milliarden Euro für die Ertüchtigung des Schienennetzes verwendet werden.

Gesperrt blieben vier Milliarden Euro für die Schieneninfrastruktur bis zur Vorlage einer Vereinbarung zwischen Bund und DB durch den Haushaltsausschuss. Darüber hinaus soll eine Sperre in Abhängigkeit von Erlösen aus dem Verkauf von Bundesbeteiligungen beschlossen werden. Die Ampelspitzen hatten sich im Zuge des Haushaltschaos darauf verständigt, die notwendigen Mittel für die Schiene durch den Verkauf von Anteilen etwa an der Telekom oder der Deutschen Post zu generieren. Im Einzelplan 60, in dem der

Klima- und Transformationsfonds (KTF) veranschlagt wird, wird der Mittelansatz "Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur des Bundes" jedoch um vier Milliarden Euro gekürzt.

Das BMF schlägt sowohl im Etat des Bundesverkehrsministeriums (BMDV) als auch im KTF eine Reihe von schienenbezogenen Kürzungen vor. Die Baukostenzuschüsse für Investitionen des Bedarfsplans Schiene sollen gegenüber dem Regierungsentwurf um 610 Millionen Euro auf nunmehr 1,683 Milliarden Euro gekürzt werden. 200 Millionen Euro Einsparungen sind bei der Ausrüstung mit dem europäischen Zugsicherungssystem vorgesehen, weitere 167,6 Millionen Euro bei der Förderinitiative zur Attraktivitätssteigerung und Barrierefreiheit von Bahnhöfen. 977,6 Millionen Euro mehr und damit insgesamt 7,473 Milliarden Euro sind dagegen bei den Baukostenzuschüssen für einen Infrastrukturbeitrag zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes geplant.

Auch die Trassenpreisförderung soll geringer ausfallen als bisher. Der Titel für die Trassenpreisförderung im Schienengüterverkehr soll um 170,7 Millionen Euro auf nunmehr 179,3 Millionen Euro gekürzt werden. Im Personenfernverkehr war die Förderung ohnehin schon geringer, soll nun aber fast vollständig wegfallen. Waren im Haushaltsentwurf 2024 noch 10 Millionen Euro vorgesehen, schlägt das BMF nur noch 145.000 Euro vor. Um 65 Millionen Euro auf nur noch 20 Millionen Euro könnte zudem der Posten zur Senkung der Anlagenpreise im Schienengüterverkehr gekürzt werden.

WENIGER GELD FÜR RADVERKEHR UND AUTONOMES FAHREN

Auch das Bundesprogramm "Zukunft Schienengüterverkehr" soll gekürzt werden: von 42 auf 25,7 Millionen Euro. In der ersten Bereinigungssitzung hatten die Haushälter:innen der Ampel noch veranlasst, den Ansatz von 40 auf 42 Millionen Euro zu erhöhen.

Als Erfolg konnten vor allem die Grünen in den ersten Verhandlungen auch die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen bei den Finanzhilfen an die Länder für Investitionen in den Radverkehr aus dem Sonderprogramm "Stadt und Land" ins Schaufenster stellen. Die bis 2030 vorgesehenen 75 Millionen Euro werden vom BMF nicht gestrichen, wohl aber der Ansatz für 2024. Dieser soll von 192,7 auf 148 Millionen Euro sinken.

Ähnlich verfährt das BMF bei den Baukostenzuschüssen für Investitionen in die Schienenwege der nicht bundeseigenen Eisenbahnen: Hatten die Abgeordneten im Haushaltsausschuss noch durchgesetzt, dass dort im Jahr 2024 zusätzlich fünf Millionen Euro (insgesamt 73,5 Millionen Euro) eingestellt werden, plant das BMF, den Titel auf 27 Millionen Euro zu kürzen.

Auch bei der Förderung eines verkehrsträgerübergreifenden Mobilitätssystems auf Grundlage des automatisierten, autonomen und vernetzten Fahrens werden die von der Koalition verhandelten Millionen wieder eingestrichen. Drei sollten dazukommen, neun Millionen Euro werden wieder gestrichen.

KTF WIRD ZUSAMMENGEKÜRZT

Im KTF am stärksten gekürzt wird der Ansatz zur Förderung zum Kauf von Elektroautos. Mit 600 Millionen Euro weniger rechnet das BMF und damit nur noch mit 209,6 Millionen Euro für die bisher gestellten Anträge. Kurz vor Weihnachten wurde die Förderung vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) gestoppt. Auch bei der Anschaffung von klimafreundlichen Nutzfahrzeugen soll gespart werden: 295,6 Millionen Euro (nunmehr nur noch 328 Millionen Euro) bei Zuschüssen für die Anschaffung von Nutzfahrzeugen mit alternativen, klimaschonenden Antrieben; 76,8 Millionen Euro bei der Förderung des Ankaufs von Bussen mit alternativen Antrieben (nunmehr noch 459,6 Millionen Euro). Das

ationale Flottenerneuerungsprogramm für Nutzfahrzeuge wird dagegen um 19,2 Millionen Euro auf 64,2 Millionen Euro aufgestockt.

Alternative Antriebe auf der Schiene können auf 15,8 Millionen Euro mehr hoffen und erhalten nun 88,8 Millionen Euro. Ein weiterer Dorn im Auge dürfte die geplante Kürzung beim Aufbau der Tank- und Ladeinfrastruktur sein: 356,4 Millionen Euro will das BMF hier einsparen und nur noch 1,854 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Außerdem zusammengestrichen werden: Förderung von Erzeugungsanlagen für strombasierte Kraftstoffe und fortschrittliche Biokraftstoffe sowie von Antriebstechnologien für die Luftfahrt (um 30,8 Millionen auf 43 Millionen Euro), Wasserstoff- und Brennstoffzellenanwendungen im Verkehr (um 46,1 Millionen auf 102 Millionen Euro), die Entwicklung regenerativer Kraftstoffe (um 44,2 Millionen auf 30,8 Millionen Euro) sowie die Zuwendungen für Bodenstromanlagen an Flughäfen (um 34,3 Millionen auf 741.000 Euro). Gänzlich gestrichen werden sollen die Titel "Klimaneutrales Schiff" (vormals 30 Millionen Euro) und das "Förderprogramm Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen" (vormals 29 Millionen Euro) werden.

KEINE KÜRZUNGEN BEI REGIONALISIERUNGSMITTELN?

Die geplante Kürzung der Regionalisierungsmittel, mit denen die Länder einen Teil des Nahverkehrs finanzieren, hat die Bundesregierung allerdings offenbar wieder zurückgenommen. Eigentlich hatte sich das BMF im Dezember vorgenommen, hier 350 Millionen Euro im Haushalt für 2024 einzusparen. Die Entscheidung hatte für Proteste der Länder gesorgt.

Die Einsparungen an dieser Stelle sind nun nicht weiter vorgesehen. Das BMDV rechnet auf Anfrage vor, wie sich die Mittel in diesem Jahr – wie geplant – zusammensetzen sollen: 11,2 Milliarden Euro "reguläre" Regionalisierungsmittel gemäß § 5 Regionalisierungsgesetz (RegG), 1,5 Milliarden Euro zusätzliche Regionalisierungsmittel für das Deutschlandticket (§ 9 RegG), bis zu 0,7 Milliarden Euro, die aus Restmitteln durch den späten Start des Deutschlandtickets im Jahr 2023 übrig blieben sowie bis zu 0,5 Milliarden Euro aus den Corona-Rettungsschirmen (§ 7 RegG).

Die Summen entsprechen zusammen 13,9 Milliarden Euro. Im Haushaltsentwurf aus dem vergangenen Sommer waren für dieses Jahr 13,2 Milliarden Euro vorgesehen. Die Einigung über die weitere Verwendung der Deutschlandticket-Restmittel aus dem Vorjahr für 2024 sei weiterhin vorgesehen, sagte ein BMDV-Sprecher.

HAUSHALTSVERHANDLUNGEN DAMIT NICHT ZU ENDE

Das BMF erklärte außerdem, die Beschlüsse zu den geplanten Kürzungen der Regionalisierungsmittel vom 19. Dezember hätten weiterhin Bestand. Derzeit werde die "technische Umsetzung" ausgearbeitet. Die absolute Höhe der Mittel für dieses Jahr könne man aufgrund der andauernden Ausarbeitung nicht benennen.

Genau wie bei der ersten Bereinigungssitzung am 16. November könnten die Haushälter:innen am 18. Januar ihrerseits noch Änderungen am Haushaltsentwurf 2024 vornehmen. Die Beratungen und die Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2024 sollen in der Sitzungswoche vom 29. Januar stattfinden, der Bundesrat könnte dem Gesetz dann bereits in seiner Sitzung am 2. Februar zustimmen.

POSITIONEN

Artur Auernhammer MdB (Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, CDU/CSU-Fraktion)

"Ich habe vollstes Verständnis für die Protestaktionen unserer Landwirte. Es reicht nicht, dass die Ampel die geplante Streichung der Kfz-Steuerbefreiung wieder zurücknimmt. Auch die Agrardieselmrückstattung muss vollumfänglich erhalten bleiben. Beide Vergünstigungen bekommen unsere Landwirte nicht aus Jux und Tollerei, sondern sind fachlich begründbar. [...]"

(csu-landesgruppe.de, 08.01.2024) <http://tsp.pm/1vkZNY>

Martin Becker-Rethmann (Präsident, mofair)

"Es geht nicht nur um die Höhe der Mittel für die Schiene, sondern auch um den Weg, sie zur Verfügung zu stellen. Das süße Gift von immer mehr Eigenkapitalerhöhungen bei der Deutschen Bahn macht abhängig. Es verzerrt den Wettbewerb, erhöht die Trassenpreise und macht die Steuerung der bundeseigenen Infrastruktur immer schwieriger. Wir raten stattdessen zur wirkungsvollen Medizin einer grundlegenden Reform der Finanzierungsarchitektur über ein Fondsmodell, wie sie die Beschleunigungskommission Schiene schon vor über einem Jahr gefordert hat."

(mofair.de, 12.01.2024) <http://tsp.pm/hcTL4Z>

Christine Behle (stv. Vorsitzende, ver.di)

"Nicht nur im Rahmen der EU Klimaschutzstrategie 'Fit-for-55' sondern auch darüber hinaus werden Milliardeninvestitionen bei den Airlines und an den Flughäfen für den Klimaschutz finanziert werden müssen. Zur Finanzierung liegt der Vorschlag einer zusätzlichen Klimaabgabe zum Ticketpreis auf dem Tisch. Diese wird von uns ebenso wie von den Betriebsräten im Luftverkehr unterstützt. Eine zusätzliche fiskalische Belastung des Luftverkehrs mit dem Ziel des Ausgleiches anderweitiger Haushaltslöcher halten wir jedoch für kontraproduktiv."

(verdi.de, 12.01.2024) <http://tsp.pm/bgoqe3>

Joachim Berends (Vizepräsident, VDV)

"Der Schienengüterverkehr darf nicht zum Opfer der Haushaltsplanungen des Bundes werden. Jegliche Absenkung von Mitteln wie etwa bei der Trassenpreisförderung würde bei der hohen Preissensibilität im Transportmarkt sofort zu erheblichen Verlagerungen von der Schiene zur Straße führen. Die bislang erfolgreichen Bemühungen der Branche, nachhaltig mehr Gütertransporte auf die Schiene zu verlagern, würden ausgebremst. Wir brauchen Planungssicherheit und müssen uns auf finanzielle Zusagen verlassen können, denn diese planen wir bei unserer Angebotsgestaltung fest mit ein. Für das laufende Jahr haben wir die meisten Verhandlungen schon geführt und die Verträge mit den Kunden längst abgeschlossen. [...]"

(vdv.de, 10.01.2024) <http://tsp.pm/vGUiSa>

Martin Burkert (Vorsitzender, EVG)

"Dass die Kürzungen im Verkehrshaushalt nahezu vollständig bei der Schiene abgeladen werden sollen, ist empörend und eine ziemlich miese Neujahrsbotschaft. [...] Wir appellieren dringend an die Haushaltspolitiker, diese Pläne noch einmal zu überdenken. Anderenfalls steht der Schienengüterverkehr in Deutschland am Abgrund und Tausende Arbeitsplätze sind gefährdet. [...]"

(evg-online.de, 11.01.2024) <http://tsp.pm/FAJ5XK>

Dr. Tobias Ehrhard (Geschäftsführer Landtechnik, VDMA)

"[...] Ganz besonders bieten sich biogene Kraftstoffe aus hydrierten Pflanzenölen an. Unter der Verkehrsbezeichnung HVO 100 sind diese bereits vielerorts marktgängig. Sie sorgen dafür, die CO₂-Emissionen im Vergleich zu fossilem Diesel um bis zu 90 Prozent zu reduzieren. Ein besserer und schnellerer Beitrag zum Klimaschutz ist kaum zu haben. Wir müssen den Landwirten alle Möglichkeiten an die Hand geben, um ihre Flächen nachhaltig und wettbewerbsfähig bewirtschaften zu können. Die Kraftstoffwende ist ein zentraler Baustein dafür. Sie muss kommen - und zwar jetzt!"

(vdma.org, 12.01.2024) <http://tsp.pm/jNmOOG>

Prof. Dr. Dirk Engelhardt (Vorstandssprecher, BGL)

"Trotz anhaltend lauter Proteste hat die Ampelregierung offenbar den Schuss noch immer nicht gehört. Die Haushälter im Bundestag fahren mit der Streichung der Förderprogramme für E-Lkw und betriebliche Ladeinfrastruktur nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern auch ihre eigenen Klimaziele vor die Wand! [...]"

(bgl-ev.de, 12.01.2024) <http://tsp.pm/QVdvA4>

Dirk Flege (Geschäftsführer, Allianz pro Schiene)

"Wenn derart massiv gekürzt wird im Schienengüterverkehr, kann die Bundesregierung ihr Versprechen nicht einlösen, bis 2030 den Marktanteil des Schienengüterverkehrs auf 25 Prozent zu steigern. Die Haushälter des Bundestages sollten hier substantiell nachbessern, sonst wird der Klimaschutz im Verkehr dramatisch ausgebremst. [...] Wir erkennen an, dass die Bundesregierung bei den Investitionen in die Schieneninfrastruktur Kurs halten will. Dennoch halten wir die Erhöhung des Eigenkapitals durch Privatisierungserlöse nicht für den Königsweg, da die Erlöse erst noch erzielt werden müssen. Die Sanierung der Hochleistungskorridore steht damit nun finanziell und zeitlich auf einem sehr wackeligen Fundament. Um hier Finanzierungssicherheit zu schaffen, ist dringend ein mehrjähriger Fonds nötig, wie ihn die Beschleunigungskommission Schiene bereits Ende 2022 empfohlen hat."

(allianz-pro-schiene.de, 11.01.2024) <http://tsp.pm/uZPFfs>

Matthias Kurzeck (Bundesvorsitzender, VCD)

"[...] Der VCD fordert ein Gesamtkonzept zum Abbau der klimaschädlichen Subventionen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Dazu gehört, das Dieselsteuerprivileg als Ganzes abzuschaffen: Ein für die Betroffenen planbarer stufenweiser Abbau der Dieselsubventionen in der Landwirtschaft und des Dieselprivilegs für alle über einen Zeitraum von 5 Jahren wäre die klügere Entscheidung. Laut dem Umweltbundesamt entgehen dem Bundeshaushalt rund acht Milliarden Euro jährlich durch das Dieselprivileg, durch die Vergünstigung von Agrardiesel deutlich weniger. [...]"

(vdc.org, 09.01.2024) <http://tsp.pm/QLXwS>

Thomas Prechtl (Präsident, BSN)

"Die Bundesregierung scheint sich von ihrem zentralen Ziel der Digitalisierung des Schienennetzes zu verabschieden. Die Streichung der vorgesehenen 200 Mio. Euro für die Ausrüstung der Fahrzeuge mit On-Board Units ist ein weiterer Rückschritt. Denn eine Digitalisierung der Strecke ist ohne diese Ausrüstung der Fahrzeuge sinnlos, da Züge ohne On-Board Units auf ausschließlich digitalisierten Strecken nicht fahren können. Hier muss der Bund endlich die Realitäten erkennen und die Förderung der Umrüstung massiv vorantreiben, sonst geht wertvolle Zeit verloren. [...] Eine reine Erhöhung des Eigenkapitals der DB AG sowie die Umschichtung von bisher klar zugewiesenen Einzelplänen wie beispielsweise der Attraktivitätssteigerung und Barrierefreiheit der Bahnhöfe in den Bereich der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV), führt zu einer weiter steigenden Intransparenz der Mittelverwendung für die Branche. Dies halten wir für falsch."

(schiennahverkehr.de, 11.01.2024) <http://tsp.pm/VBbAGz>

Dr. Heike van Hoorn (Geschäftsführerin, DVF)

"Dieser Haushalt wird uns noch teuer zu stehen kommen, wenn er so beschlossen wird. Er wird den Sanierungsstau nicht lösen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schwächen, die Erreichung der Klimaziele erschweren und das Vertrauen in die Verlässlichkeit politischer Zusagen beschädigen. [...] Langfristige Finanzierungsvereinbarungen und Fonds müssen für alle öffentlich finanzierten Verkehrsinfrastrukturen jetzt endlich auf den Weg gebracht werden, damit schwankende jährliche Haushalte und politische Uneinigkeit nicht zu einem Abbruch von Investitionen führen."

(verkehrsforum.de, 11.01.2024) <http://tsp.pm/jRNxYd>

Peter Westenberger (Geschäftsführer, NEE)

"Der Haushalt spricht die Wahrheit, heißt es. Und die lautet: die Regierung will Güter von der Schiene zurück auf die Straße bringen. Instrument ist ein gezielter Budget-Kahlschlag beim Schienengüterverkehr. Bei den Trassen- und Anlagenpreisen, der Innovationsförderung und einer direkten Güterverkehrsinfrastrukturfinanzierung sollen nach dem Vorschlag von Verkehrs- und Finanzministerium fast 300 Millionen Euro beziehungsweise 54 Prozent gestrichen werden. Wenn es dabei bleibt, steigen die CO₂-Emissionen an, während die güterverkehrspolitische Glaubwürdigkeit der Ampel unter den Nullpunkt sinkt."

(die-gueterbahnen.de, 10.01.2024) <http://tsp.pm/CyO8KP>

Manfred Wirsch (Präsident, DVR)

"Die Förderung von Radverkehrsinfrastruktur durch den Bund ist ein ganz wichtiges Instrument zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Hier den Rotstift anzusetzen, ist mit der Vision Zero nicht vereinbar: Die Radfahrenden haben keine Knautschzone und brauchen eine Verkehrsführung, die sie bestmöglich schützt. Der Bund hatte dafür mit dem Förderprogramm 'Stadt und Land' Verantwortung übernommen und sollte das auch weiter tun. [...]"

(dvr.de, 11.01.2024) <http://tsp.pm/C23N6Q>

DOKUMENTE

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (20/9999)

<http://tsp.pm/OelwFQ>

Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024) (20/7800)

<https://tsp.pm/eEQrkQ>

Stellungnahmen zur Anhörung des Haushaltsausschusses zum Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (72. Sitzung)

<http://tsp.pm/ta4HBU>

Tagesordnung der 78. Sitzung des Finanzausschusses (Öffentliche Anhörung)

<http://tsp.pm/cX5lsQ>

WEITERE QUELLEN

Bundesregierung: Weiterer Schritt zum Haushalt 2024 (08.01.2024)

<http://tsp.pm/PrBdeH>

hib: Noch kein Wirtschaftsplan für 2024 (08.01.2024)

<http://tsp.pm/lr0JeU>

hib: Koalition legt zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz vor (09.01.2024)

<http://tsp.pm/jWTQyE>

Regionalisierungsgesetz (RegG)

<https://tsp.pm/AYSJKo>

 ANALYSE II

HESSEN: SCHWARZ-ROT WILL KEIN VERKEHRSMITTEL BEVORZUGEN

LANDESEBENE

REGIERUNG

JUTTA MAIER UND MAXIMILIAN MÜNTER

Mehr als zwei Monate hat es nach der Landtagswahl vom 8. Oktober gedauert, doch nun steht der Koalitionsvertrag von CDU und SPD in Hessen unter dem Leitbild "Eine für alle". Er wird die Politik der ersten schwarz-roten Regierung Hessens unter der Führung von CDU-Ministerpräsident Boris Rhein vorgeben. Der hatte die Koalition mit den Grünen nach zwei Legislaturperioden aufgekündigt. Der Vertrag basiert auf Eckpunkten, auf die sich Christ- und Sozialdemokraten bereits im November geeinigt hatten.

Bei der Landtagswahl am 8. Oktober war die CDU mit 34,8 Prozent und einem Zuwachs von 7,6 Prozentpunkten klar stärkste Kraft geworden. Dahinter folgte die AfD, die sich um 5,3 Prozentpunkte verbessern konnte und auf 18,4 Prozent kam. Deutliche Einbußen mussten hingegen die an der Bundesregierung beteiligten Parteien hinnehmen. Der SPD-Landesverband kam auf 15,1 Prozent – 4,7 Prozentpunkte weniger als 2018. Mit 14,8 Prozent dicht dahinter folgten die Grünen, die einen Verlust von fünf Prozentpunkten hinnehmen mussten. Mit fünf Prozent, minus 2,5 Prozentpunkte gegenüber 2018, schaffte es die FDP gerade so in den Landtag. Nicht mehr im Landesparlament in Wiesbaden vertreten sein wird die Linke. Sie halbierte ihr Ergebnis und kam nur noch auf 3,1 Prozent. Wie aus dem Koalitionsvertrag hervorgeht, soll das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und den ländlichen Raum von der SPD geführt werden, das zuvor von Tarek Al-Wazir (Grüne) geleitet wurde. Am Montag wollen die Parteichef:innen ihr Kabinett vorstellen.

AUTO IM LÄNDLICHEN RAUM UNVERZICHTBAR

Verkehr und Mobilität werden in den Kapiteln "Aus Leidenschaft für eine starke Landwirtschaft und ländliche Räume" und "Aus Nachhaltigkeit für Klima, Umwelt und stabile und erneuerbare Energie" erwähnt. Union und SPD bemühen sich, kein Verkehrsmittel zu bevorzugen. "Wir sehen alle Verkehrsträger gleichberechtigt", heißt es. Das Auto sei vor allem in den ländlichen Räumen weiterhin unverzichtbar. Man wolle vor allem auf klimaneutrale Mobilität setzen, "ohne die individuelle Wahl des Verkehrsmittels einzuschränken". Auch Tempolimits und Fahrverbote werden explizit abgelehnt. Die Autoindustrie am Standort Hessen soll gestärkt und "auf dem Weg einer technologieoffenen Entwicklung" begleitet werden, auch mit Blick auf klimaneutrale Antriebstechnologien.

Die von Wirtschafts- und Verkehrsminister Al-Wazir abgelehnten beschleunigten Autobahnprojekte sähe Schwarz-Rot gerne umgesetzt. Al-Wazir hatte von 30 vom Bund favorisierten Vorhaben bei sieben kein öffentliches Interesse gesehen, darunter beim zehnspurigen Ausbau der A5. Im neuen Koalitionsvertrag geben CDU und SPD an, dem Bund nun alle 30 Autobahnprojekte zur Beschleunigung vorlegen zu wollen. Aus Sicht von Al-Wazir ist dies aber zu spät, weil der Bundestag die abgespeckte Liste bereits beschlossen habe. "Da wird also etwas von den einen gefordert und von den anderen unterschrieben, was gar nicht mehr geht", sagte der Politiker nach Bekanntwerden der ersten Eckpunkte des Koalitionsvertrags der Frankfurter Rundschau.

MEHR LANDESMITTEL FÜR DEN ÖPNV

Allerdings widmet der Vertrag auch dem ÖPNV viel Raum. Die Verkehrsverbände wollen die Koalitionspartner mit einer besseren Finanzierung mit Landesmitteln ausstatten. "Der öffentliche Personennahverkehr bildet das Rückgrat der Mobilitätsangebote im gesamten Land", heißt es. Dennoch wird erwartet, dass der Bund über die Regionalisierungsmittel "seiner Finanzierungsverantwortung nachkommt".

Unter Al-Wazir hatte Hessen für 2023 und 2024 Rekordmittel von insgesamt 2,2 Milliarden Euro für den Betrieb von Bussen und Bahnen bereitgestellt. Damit wurden das Schüler- und das Seniorenticket dauerhaft in die Tarife des Rhein-Main-Verkehrsverbands (RMV) und des Nordhessischen Verkehrsverbands (NVV) übernommen. Ein Drittel der Gelder für den ÖPNV in Hessen stammen damit aus dem Landeshaushalt, womit das Land Platz vier im Bundesvergleich belegt.

Auch die Förderung des Umweltverbands, die Al-Wazir mit einer Nahmobilitätsstrategie fokussiert hatte, wollen Union und Sozialdemokraten fortführen. Wege zu Fuß, per Rad und mit Bus und Bahn sollen bis 2030 deutlich ausgebaut und besser mit dem motorisierten Individualverkehr vernetzt werden. Dazu wollen die Koalitionspartner den Takt verbessern und Qualitätskriterien formulieren. Zur Finanzierung ist eine schrittweise Erhöhung der Finanzierungsmittel im Mobilitätsförderungsgesetz (MobFöG) geplant. Bis dato sind darin mindestens 100 Millionen Euro jährlich für die Verkehrsinfrastruktur vorgesehen.

JÄHRLICHER BAHNGIPFEL GEPLANT

Neu geplant ist ein einmaliges und zeitlich begrenztes Landesförderprogramm, um die Umrüstung auf emissionsarme Antriebe und die dazugehörige Infrastruktur zu beschleunigen. Schienenneubauprojekte wie der Fernbahntunnel Frankfurt, das Programm Rhein Main Plus und die Komplettierung des Schienenrings sowie den Fernbahntunnel am Frankfurter Hauptbahnhof verfolgt Schwarz-Rot weiter. Vorantreiben wollen die Parteien auch die Elektrifizierung der Bahnstrecken und den Einsatz von Wasserstoffantrieben.

Stillgelegte Bahnstrecken sollen reaktiviert werden, wo dies "sinnvoll und möglich" ist, das Land sichere in diesen Fällen eine Finanzierung für 25 Jahre zu. Ein Bahngipfel, wie es ihn in Hessen bereits mehrmals gab, soll künftig jedes Jahr veranstaltet werden, um mit der DB Fortschrittsberichte, Problemfälle und neue Projekte zu erörtern. 500 Millionen Euro sollen außerdem bis 2030 in das "Erscheinungsbild von Bahnhöfen" gesteckt werden. Dazu erwarte die Koalition von der DB auch die Übernahme der finanziellen Verantwortung für die Empfangsgebäude.

Bürgerbusse und On-Demand-Lösungen als Ergänzung des ÖPNV, wie es sie beispielsweise im Kreis Offenbach und in Darmstadt gibt, sollen evaluiert und eine Mitfinanzierung von Seiten des Landes soll geprüft werden. Für die Zukunft stellen sich die Koalitionäre vor allem in den Ballungsgebieten vor, dass selbstfahrende Busse den ÖPNV ergänzen. Außerdem wollen sie Teststrecken für autonome Pilotprojekte im Schienenverkehr ausweisen.

FRANKFURTER FLUGHAFEN SOLL VORREITER WERDEN

Beim Thema Luftverkehr bekennt sich der Koalitionsvertrag zum Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen. Er soll zudem nicht nur zu einem Vorbild für Photovoltaik-Erzeugung, sondern auch zum Vorreiter für E-Fuels und nachhaltigen Flugverkehr werden. Den Flughafen Kassel-Calden, den Al-Wazir wegen fehlender Auslastung zum Verkehrslandeplatz herunterstufen wollte, bezeichnet Schwarz-Rot als "wichtiges nordhessisches Infrastrukturprojekt", das gestärkt werden soll. Um die Fluggastzahlen zu

steigern, sollen im anliegenden Gewerbepark Betriebe und Dienstleistungen angesiedelt und eine bessere Verkehrsverbindung geschaffen werden – etwa durch einen Bahnanschluss.

SCHNELLERE GENEHMIGUNGEN FÜR TRANSPORTE

In der Logistik soll sich die Paketzustellung in städtischen Verdichtungsräumen verbessern, kündigen CDU und SPD an. Auch die Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwerlasttransporte würden "erheblich" vereinfacht und "drastisch" gekürzt, heißt es im Koalitionsvertrag. Helfen sollen dabei Digitalisierung und Dauergenehmigungen.

Im Bereich der Wasser- und Binnenschifffahrtswege betonen die Koalitionäre, die Binnenhafenhinterlandinfrastruktur durch rechtliche Regelung absichern und Mobilitätshubs in Häfen verstärkt fördern zu wollen. Das Projekt zur "Abladeoptimierung der Fahrrinnen im Mittelrhein" (Projektnummer W 25) soll in das Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich des Bundes nachträglich aufgenommen werden.

Beim Thema Verkehrssicherheit – insbesondere in der Logistik – versprechen CDU und SPD, mittelfristig alle Nutzfahrzeuge ab 7,5 Tonnen mit einer Rückfahrkamera, einem Surroundview, Toter-Winkel-Assistenten, einer Personenerkennung und einem Notbremsassistenten ausstatten zu lassen.

DOKUMENTE

CDU Hessen, SPD Hessen: "Eine für alle" – Hessenvertrag der demokratisch-christlich-sozialen Koalition 2024-2029 (18.12.2023)

<https://tsp.pm/1X8UoL>

WEITERE QUELLEN

Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1187 über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes

<http://tsp.pm/laLnyu>

Statistisches Landesamt Hessen: Ergebnis der Landtagswahl 2023

<https://tsp.pm/wuIELD>



ÜBERSICHT DER KW 2

Ergebnisse der politischen Arbeit vom 08.01. bis 14.01.2024

BUNDESREGIERUNG

Keine Ergebnisse

BUNDESTAG

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT

Halbzeitbilanz der Bundesregierung in der Verkehrspolitik

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT

Ex-Staatssekretär Gatzler bleibt Aufsichtsratschef der Bahn

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT

Anteil der Lkw mit alternativen Antrieben bei 1,75 Prozent

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT

Keine Einflussnahme auf Personalentscheidung der DB AG

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

Union thematisiert Einführung des digitalen Führerscheins

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

Aus- und Neubau der Rheintalbahn zwischen Mannheim und Basel

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

Schließung von Reifenfabriken

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Rückenwind für unsere Wirtschaft und Gesellschaft

STAKEHOLDER

ADFC, Allianz pro Schiene, EVG, IG Metall, Zukunft Fahrrad

Bündnis: Verkehrswende braucht Zeitenwende

DSLW

Wirtschaft gerät in eine Sackgasse ohne Wendemöglichkeit

EVG

EVG Martin Burkert – Verkehrswende braucht Zeitenwende: "Mobilität ist mehr als Automobilität"

DUH

Deutsche Umwelthilfe kündigt rechtliche Schritte gegen rechtswidrige CDU-Pläne zur Abschaffung von Tempo 30 in Berlin an

FRAGE & ANTWORT

HALBZEITBILANZ DER BUNDESREGIERUNG IN DER VERKEHRSPOLITIK

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	20/9952 http://tsp.pm/WLraea	Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (20/9171)

Aus dem Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) wurden laut Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode bisher insgesamt 18 Gesetzesvorhaben in die parlamentarischen Beratungen eingebracht (Stand 10. November 2023). Davon seien 14 Vorhaben abgeschlossen worden, heißt es in der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur Halbzeitbilanz der Bundesregierung in der Verkehrspolitik. [...] (hib)

REGIERUNG

SCHIENE

FRAGE & ANTWORT

EX-STAATSEKRETÄR GATZER BLEIBT AUFSICHTSRATSCHEF DER BAHN

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	20/9960 http://tsp.pm/2m3mlb	Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (20/9652)

Der Ende 2023 in den einstweiligen Ruhestand versetzte ehemalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (BMF), Werner Gatzert, wird dem Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG (DB AG) "bis auf weiteres als Anteilseignervertreter angehören und die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden wahrnehmen". Das teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion mit. Das Aufsichtsratsmandat sei gemäß Paragraf 111 Absatz 6 des Aktiengesetzes (AktG) "ein höchstpersönliches Mandat", heißt es in der Antwort. [...] Gatzert erfülle die genannten Voraussetzungen unabhängig von seiner bisherigen Position als Staatssekretär im BMF durch seine langjährige Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats der DB AG, schreibt die Bundesregierung. Aus diesem Grund bestünden derzeit auch keine Pläne, einen weiteren BMF-Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. (hib)

REGIERUNG

SCHIENE

FRAGE & ANTWORT

ANTEIL DER LKW MIT ALTERNATIVEN ANTRIEBEN BEI 1,75 PROZENT

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	20/9976 http://tsp.pm/3TtQ12	Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (20/9634)

Von den 3,94 Millionen in Deutschland zugelassenen Nutzfahrzeugen (Lkw und Sattelzugmaschinen) verfügen 68.921 (1,75 Prozent) über eine alternative Antriebsart (Stand: 1. Juli 2023). Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion hervor. Danach verfügen 68.312 Fahrzeuge über einen batterieelektrischen Antrieb und 92 Fahrzeuge über eine Wasserstoff-Brennstoffzelle. Dazu kommen noch 517 Plug-In-Hybride. Gleichwohl hält die Bundesregierung an ihrem Ziel fest, dass bis 2030 ein Drittel der Fahrleistung von Nutzfahrzeugen elektrisch oder auf Basis strombasierter Kraftstoffe erbracht werden sollen. Zur Umsetzung dieses Ziels gehöre unter anderem die Förderung der Beschaffung von Nutzfahrzeugen mit alternativen, klimaschonenden Antrieben, die Steuerung des Aufbaus einer mit dem Fahrzeughochlauf abgestimmten Tank- und Ladeinfrastruktur und die Schaffung eines zielgerichteten regulatorischen Umfelds, "insbesondere die Einführung einer CO2-basierten Lkw-Maut", heißt es in der Antwort. Mit der Richtlinie über die Förderung von leichten und schweren Nutzfahrzeugen mit alternativen, klimaschonenden Antrieben und dazugehöriger Tank- und Ladeinfrastruktur für elektrisch betriebene Nutzfahrzeuge (KsNI-Richtlinie) sei bislang rund eine Milliarde Euro für die Förderung klimafreundlicher Nutzfahrzeuge und zugehöriger Tank- und Ladeinfrastruktur bewilligt worden, schreibt die Bundesregierung. Die Planung und der Aufbau der Ladeinfrastruktur für E-Lkw sei ein Schwerpunkt im Masterplan Ladeinfrastruktur II. (hib)

ELEKTROMOBILITÄT

ALTERNATIVE KRAFTSTOFFE

LOGISTIK

FRAGE & ANTWORT

KEINE EINFLUSSNAHME AUF PERSONALENTSCHEIDUNG DER DB AG

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	20/9944 http://tsp.pm/SuGxD2	Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (20/9607)

Die Bundesregierung hat nach eigener Aussage keinen Einfluss auf die Personalentscheidung der Deutschen Bahn AG (DB AG) genommen, die ehemalige Zweite Bürgermeisterin der bayerischen Landeshauptstadt München, Katrin Habenschaden (Bündnis 90/Die Grünen), zur neuen Leiterin Nachhaltigkeit und Umwelt bei der DB AG zu ernennen. Das geht aus der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervor. Mit Blick auf das Auswahlverfahren zu der Stellenbesetzung heißt es: Die DB AG arbeite nach einem standardisierten Prozess mit verschiedenen Gesprächselementen (mehrere Interviews, Assessment Center) für Besetzungen auf oberster Management-Ebene. Der Auswahl- und Besetzungsprozess des Postens für die Leitung "Nachhaltigkeit und Umwelt" bei der DB AG sei entsprechend Ziffer 5.2.2 der Grundsätze guter Unternehmens- und aktiver Beteiligungsführung im Bereich des Bundes im Rahmen eines transparenten und nachvollziehbar dokumentierten Auswahlverfahrens verlaufen. Es habe sowohl interne als auch externe Kandidatinnen und Kandidaten für diese Position gegeben, schreibt die Bundesregierung. [...] (hib)

SCHIENE

REGIERUNG

ARBEIT

FRAGE & ANTWORT

UNION THEMATISIERT EINFÜHRUNG DES DIGITALEN FÜHRERSCHEINS

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion	20/9938 http://tsp.pm/8iTff6	–

In welchem Stadium sich die Vorbereitungen zur Einführung des digitalen Führerscheins in Deutschland befinden, möchte die CDU/CSU-Fraktion wissen. In einer Kleinen Anfrage erkundigen sich die Abgeordneten außerdem nach dem Stand der Abstimmungen auf europäischer Ebene zur Harmonisierung der rechtlichen Grundlagen für den digitalen Führerschein. (hib)

DIGITALISIERUNG EU

FRAGE & ANTWORT

AUS- UND NEUBAU DER RHEINTALBAHN ZWISCHEN MANNHEIM UND BASEL

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion	20/9958 http://tsp.pm/tl2M3r	–

Nach dem aktuellen Planungsstand für das Bahnprojekt Karlsruhe-Basel sowie für das Projekt "Korridor Mittelrhein: Zielnetz 1" erkundigt sich die CDU/CSU-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung unter anderem wissen, mit welchen Gesamtkosten sie für die beiden Projekte rechnet, wann die Bauarbeiten für das Projekt Karlsruhe-Basel beziehungsweise das Raumordnungsverfahren für das Bahnprojekt Korridor Mittelrhein abgeschlossen sein werden und ob die Havarie beim Bau des Rastatter Eisenbahntunnels im Jahr 2017 die aktuellen Arbeiten des Bahnprojektes Karlsruhe-Basel beeinträchtigt. (hib)

INFRASTRUKTUR SCHIENE

FRAGE & ANTWORT

SCHLIEßUNG VON REIFENFABRIKEN

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der AfD-Fraktion	20/9925 http://tsp.pm/HBmnhl	–

Die Schließung von Reifenfabriken in Deutschland ist Thema einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion. Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung unter anderem wissen, ob sie die Gründe für die Schließung der Werke Good Year und Michelin kennt. Gefragt wird ferner nach den Umsätzen der deutschen Reifenindustrie, der Zahl der Beschäftigten in der Branche sowie der Klimafreundlichkeit der Industrie. (hib)

WIRTSCHAFT STRASSE

FRAKTIONEN

RÜCKENWIND FÜR UNSERE WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der SPD-Fraktion	http://tsp.pm/vAlmvV	–

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, dass das Bundesjustizministerium den Referentenentwurf zum Bürokratieentlastungsgesetz veröffentlicht hat. Damit beginnt ein wichtiger Prozess, um Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Esra Limbacher, Mittelstandsbeauftragter und zuständiger Berichterstatter: "[...] Damit werden wir die Wirtschaft, unseren Mittelstand und die Gesellschaft insgesamt entlasten und für notwendigen Rückenwind sorgen. Die Bürokratieentlastung ist neben anderen Programmen zur Förderung unserer Wirtschaft ein entscheidender Baustein. Derzeit bereiten wir uns intern auf das parlamentarische Verfahren vor. Neben den Vorschlägen aus der Bundesregierung wollen wir hier auch eigene Vorschläge aus der SPD-Bundestagsfraktion einbringen." Zanda Martens, zuständige Berichterstatterin: "[...] Für uns als SPD-Bundestagsfraktion ist es wichtig, zwischen unnötiger Bürokratie und Normen, die Schutzstandards betreffen, zu unterscheiden. Notwendige Bürokratieentlastung darf nicht zum Abbau von Schutz- und Sozialstandards führen. [...]"

WIRTSCHAFT



STAKEHOLDER

STRAßE

ADFC, Allianz pro Schiene, EVG, IG Metall, Zukunft Fahrrad

10.01.2024

BÜNDNIS: VERKEHRSWENDE BRAUCHT ZEITENWENDE

Genau ein Jahr nach dem ersten Mobilitätsgipfel der Bundesregierung fordert ein Bündnis aus Verbänden und Gewerkschaften klare Prioritäten in der Verkehrspolitik. IG Metall, EVG, Allianz pro Schiene, ADFC und Zukunft Fahrrad appellieren an die Koalition, in der verbleibenden Amtszeit ihre Verkehrspolitik stärker an ökologischen und sozialen Kriterien auszurichten und die Industrie für veränderte Arbeitsplätze zu wappnen. Ziel muss dem Bündnis zufolge eine gesetzlich verankerte Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Deutschland sein. Am Anfang müsse ein eindeutiges Bekenntnis zu neuen Prioritäten in der Verkehrspolitik stehen, sagte der der EVG-Vorsitzende Martin Burkert. "Mobilität ist mehr als Automobilität. Autobahnen und Bundesstraßen hat Deutschland genug, Schienenstrecken und Radschnellwege zu wenig", so Burkert. Dieser neuen Priorisierung müsse auch eine andere Art der Finanzierung folgen. "Es braucht einen verkehrsträgerübergreifenden Infrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild, der für mehrere Jahre aufgestellt wird. Nur so gibt es eine sichere Finanzierungsgrundlage für die Verkehrswende."

Der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, Dirk Flege, sagte dazu: "Finanzmittel aus dem Neubau von Bundesfernstraßen müssen zur Gegenfinanzierung umgeschichtet und Steuern im Mobilitätsbereich neu ausgerichtet werden." Auch bei der Radinfrastruktur sieht das Bündnis großen Nachholbedarf. [...] Zur Verkehrswende gehört für das Bündnis auch, veränderte und neue Arbeitsplätze mitzudenken und deren Qualität zu sichern. [...] Das Bündnis regt an, in Deutschland eine Mobilitätsgarantie einzuführen – so wie sie in Österreich und der Schweiz bereits existiert. "Das bedeutet Mindeststandards im ganzen Land und einen gesetzlichen Anspruch auf Mobilitätsdienstleistungen", sagte Dirk Flege im Namen aller Beteiligten. "Die Verkehrswende ist auch eine Chance, dass vieles besser wird – ökologisch, ökonomisch und sozial."

<http://tsp.pm/hUUlcg>

STRASSE

SCHIENE

TRANSPORT/LOGISTIK

DSLVL

10.01.2024

WIRTSCHAFT GERÄT IN EINE SACKGASSE OHNE WENDEMÖGLICHKEIT

Mit größter Sorge blickt der DSLV Bundesverband Spedition und Logistik auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland und die zunehmende Verschlechterung politischer Entscheidungsstrukturen. Ungeachtet anhaltend schlechter Konjunkturdaten peitscht die Bundesregierung ohne ausreichende Anhörung der Wirtschaft und mit zu wenig Rücksicht auf Praktikabilität, Belastbarkeit und Finanzierbarkeit Reformvorhaben durch und stolpert dabei immer wieder über ihr eigenes Tempo. Die politischen Entscheidungsträger haben auf zu vielen Ebenen den Blick für die wirtschaftliche Existenzsicherung der Betriebe und auch für Arbeitsplätze verloren. Lkw-Mautgesetz, Brennstoffemissionshandelsgesetz und Energieeffizienzgesetz sind nur wenige Beispiele aus der Klimaschutzgesetzgebung, die für den enormen Zuwachs finanzieller und bürokratischer Belastungen in der Speditionsbranche verantwortlich sind. Gleichzeitig hinkt der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Stromnetze dem Bedarf hinterher und die Zulassung alternativer Kraftstoffe versandet über Monate im ideologiegeprägten Streit der Ampel-Koalitionäre. Bis die Energiewende Realität wird, bleibt der Logistiksektor mangels Alternativen in einer CO2-Kostenfalle stecken – und sichert dem Bund durch die Lkw-Maut und die CO2-Steuer auf fossile Kraftstoffe auf Jahre Milliardeneinnahmen. [...]

Selbst wenn die Bundesregierung in vielen Punkten nachbessern würde, wäre das generelle Problem noch nicht gelöst: Das Ladungs- und Transportaufkommen ist nicht rückläufig, weil sich Logistikkosten deutlich verteuert haben, sondern weil sich die generellen Rahmenbedingungen für den Industrie- und Handelsstandort Deutschland verschlechtert haben. [...] Die Bundesregierung muss faktenbasiert analysieren, welche Maßnahmen tatsächlich praktikabel und finanzierbar sind. Ideologiebasierte, teure und damit nicht realisierbare Zukunftsvisionen müssen durch wirklich wirksame Maßnahmen ersetzt werden. [...]

<http://tsp.pm/aQZ56w>

LOGISTIK

WIRTSCHAFT

VERKEHRSTRÄGERÜBERGREIFEND

EVG

10.01.2024

EVG MARTIN BURKERT – VERKEHRSWENDE BRAUCHT ZEITENWENDE: "MOBILITÄT IST MEHR ALS AUTOMOBILITÄT"

Ein Bündnis aus Verbänden und Gewerkschaften fordert von der Bundesregierung klare Prioritäten in der Verkehrspolitik. Hintergrund ist der vor einem Jahr durchgeführte erste Mobilitätsgipfel. Ziel muss eine gesetzlich verankerte Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Deutschland sein, teilte das Bündnis, dem auch die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) angehört, am Mittwoch mit. Am Anfang müsse ein eindeutiges Bekenntnis zu neuen Prioritäten in der Verkehrspolitik stehen, sagte der EVG-Vorsitzende Martin Burkert. "Mobilität ist mehr als Automobilität. Autobahnen und Bundesstraßen hat Deutschland genug, Schienenstrecken und Radschnellwege zu wenig", so Burkert. Dieser neuen Priorisierung müsse auch eine andere Art der Finanzierung folgen. "Es braucht einen verkehrsträgerübergreifenden Infrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild, der für mehrere Jahre aufgestellt wird. Nur so gibt es eine sichere Finanzierungsgrundlage für die Verkehrswende." [...]

<http://tsp.pm/OENM2e>

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

INFRASTRUKTUR

REGIERUNG

DUH

11.01.2024

DEUTSCHE UMWELTHILFE KÜNDIGT RECHTLICHE SCHRITTE GEGEN RECHTSWIDRIGE CDU-PLÄNE ZUR ABSCHAFFUNG VON TEMPO 30 IN BERLIN AN

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kündigt rechtliche Schritte gegen die Pläne der Berliner CDU an, zahlreiche Anordnungen von Tempo 30 in der Hauptstadt wieder abzuschaffen. Wie gestern bekannt wurde, planen die CDU-Fraktion und Verkehrssenatorin Manja Schreiner an rund 30 Hauptstraßen in Berlin wieder Tempo 50 statt Tempo 30 einzuführen. Viele der Tempo-30-Anordnungen hatte die DUH eigens mit ihrer Klage auf Saubere Luft gegen das Land Berlin erstritten. Diese wurden in den rechtsverbindlichen Luftreinhalteplan aufgenommen. Mit der Abschaffung von Tempo 30 nimmt die Berliner CDU nicht nur eine Verschlechterung der Luftqualität, sondern auch mehr Verkehrstote in Kauf. [...]

<http://tsp.pm/US6xgh>

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

STRASSE

JUSTIZ & RECHT



ÜBERSICHT ZUM 15.01.2024

Status der Gesetzgebungsverfahren zum 15.01.2024

NEU

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

20/9999

Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024

IM PROZESS

AUSSCHUSS BUNDES RAT

6/24

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2118 im Hinblick auf die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht

AUSSCHUSS BUNDES RAT

678/23

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 12. März 2019 zur Gründung des "Square Kilometre Array"-Observatoriums

AUSSCHUSS BUNDES RAT

677/23

Postrechtsmodernisierungsgesetz (PostModG)

AUSSCHUSS BUNDES RAT

657/23

Zweite Verordnung zur Änderung der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung

AUSSCHUSS BUNDES RAT

621/23

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/8295

Erstes Gesetz zur Änderung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/8288

Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/7800

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

1. LESUNG BUNDESTAG

20/10014

Drittes Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

BUNDESKABINETT

20/9844

Verordnung zur Neufassung der siebenunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

20/8704

Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CanG)

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/8290

Zweites Gesetz zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

20/8093

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZGÄndG)

2. BERATUNG BUNDESRAT

588/23

Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz)

BERATUNG BUNDESRAT

560/23

Verordnung zur Änderung der Luftsicherheitsgebührenverordnung

BERATUNG BUNDESRAT

555/23

Vierte Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr

 **VERABSCHIEDET**

Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen

NEU

20/9999

ZWEITES HAUSHALTSFINANZIERUNGSGESETZ 2024

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP	Nicht zustimmungspfl.	–

Gegenstand des Gesetzes sind Gesetzesänderungen, die im Zuge der Neuaufstellung des Haushaltsentwurfs 2024 als Folge des Urteils des BVerfG notwendig geworden sind. Darunter fallen etwa die Erhöhung der Luftverkehrssteuer, die Änderung des WindSeeG oder die weitere Minderung des Erhöhungsbetrages des zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung.

AKTUELLER STATUS**BUNDESTAG**

- 11.01.2024: Anhörung
- 15.01.2024: Anhörung
- vsl. 17.01.2024: 1. Lesung
- vsl. 31.01.2024: Ausschuss
- vsl. 01.02.2024: 2./3. Lesung

BUNDESRAT

- vsl. 02.02.2024: Beratung

15.01.2024: Öffentliche AnhörungGesetzentwurf (20/9999) <http://tsp.pm/PFuJZO>Sachverständigenliste <http://tsp.pm/4gBqlk>Stellungnahmen <http://tsp.pm/rIPNBC>Sachverständigenliste <http://tsp.pm/qCvDF6>Stellungnahmen <http://tsp.pm/Cc5Qkb>

Überweisung (vsl. federführend: Haushaltsausschuss)

IM PROZESS

6/24

GESETZ ZUR UMSETZUNG DER RICHTLINIE (EU) 2021/2118 IM HINBLICK AUF DIE KRAFTFAHRZEUG-HAFTPFLICHTVERSICHERUNG UND DIE KONTROLLE DER ENTSPRECHENDEN VERSICHERUNGSPFLICHT

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll die Richtlinie (EU) 2021/2118 zur Änderung der Richtlinie 2009/103/EG über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht umgesetzt werden. Diese stellt das Erfordernis der Versicherungspflicht für jeden Gebrauch eines näher definierten Fahrzeugs klar, ermöglicht aber nationale Sonderregeln für den Gebrauch von Fahrzeugen im Motorsport und weitere optionale Ausnahmen von der Versicherungspflicht, erhöht die Mindestversicherungssummen, harmonisiert die Schadenverlaufsbescheinigung, enthält Vorgaben für die Schadensfreiheitsrabattpolitik der Versicherer, sieht die Einführung einer unionsweiten Absicherung bei Insolvenz eines Kfz-Haftpflichtversicherers und den Regress unter den hierfür zu schaffenden Stellen vor.

AKTUELLER STATUS

17.01.2024: Ausschuss Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
27.03.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/7phB3D Synopsis https://tsp.pm/JMMUsM
24.05.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/2jkWZe Synopsis https://tsp.pm/OY3KFN
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (229/23) https://tsp.pm/qjWAAAn
21.06.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (229/1/23) https://tsp.pm/Gc8CSZ
07.07.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (229/23(B)) https://tsp.pm/1QPS0T Plenarprotokoll (1035) https://tsp.pm/EKYuxd
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8094) https://tsp.pm/gcTD1j
21.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/122) https://tsp.pm/tByfNu
15.11.2023: Ausschuss	Berichtersteller: Licina-Bode (SPD), Jung (CDU/CSU), Benner (Grüne), Helling-Plahr (FDP), Paterka (AfD) Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
28.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/eiUaYC Stellungnahmen https://tsp.pm/YJvU5l
13.12.2023: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (20/9767) https://tsp.pm/ki04rp
14.12.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/144) https://tsp.pm/Q9VEJ6
BUNDESRAT	Gesetz (6/24) http://tsp.pm/YtCC5W
17.01.2024: Ausschuss	
vsl. 02.02.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

678/23

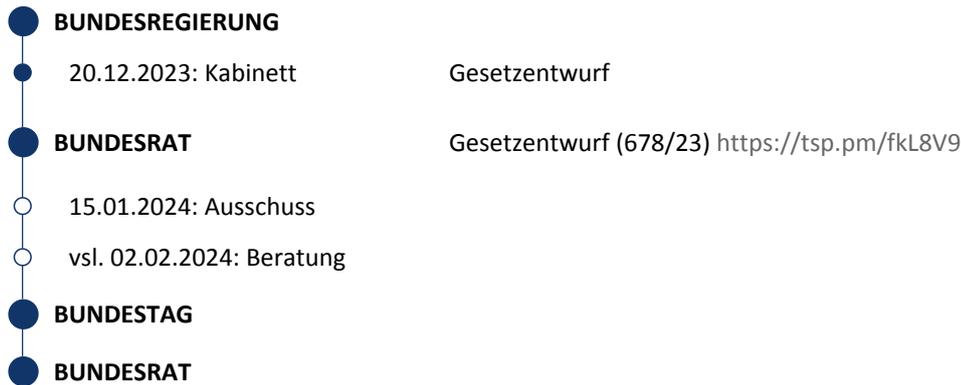
GESETZ ZU DEM ÜBEREINKOMMEN VOM 12. MÄRZ 2019 ZUR GRÜNDUNG DES "SQUARE KILOMETRE ARRAY"-OBSERVATORIUMS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMBF	Zustimmungspf.	–

Mit dem Gesetz soll der Beitritt Deutschlands zum Übereinkommen zur Gründung des Square Kilometre Array-Observatoriums (SKAO) formalisiert werden.

AKTUELLER STATUS

15.01.2024: Ausschuss Bundesrat



IM PROZESS

677/23

POSTRECHTSMODERNISIERUNGSGESETZ (POSTMODG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll das PostG an die seit der Einführung des Gesetzes veränderten Bedeutung des Briefs und die damit einhergehenden veränderten Anforderungen angepasst werden. Dies betrifft den postalischen Universaldienst und dessen Finanzierung, die Auswirkungen zunehmender Paketmengen und eines intensiven Wettbewerbs auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, den Einfluss zunehmender Lieferverkehre auf Natur und Umwelt sowie die Einflüsse der fortschreitenden Digitalisierung auf alle Bereiche des Postsektors angepasst werden.

AKTUELLER STATUS**18.01.2024: Ausschuss Bundesrat****BUNDESREGIERUNG**

20.12.2023: Kabinett

Gesetzentwurf <https://tsp.pm/Tl6jpR>**BUNDESRAT**

18.01.2024: Ausschuss

Gesetzentwurf (677/23) <https://tsp.pm/c7deHk>

vsl. 02.02.2024: Beratung

BUNDESTAG**BUNDESRAT**

IM PROZESS

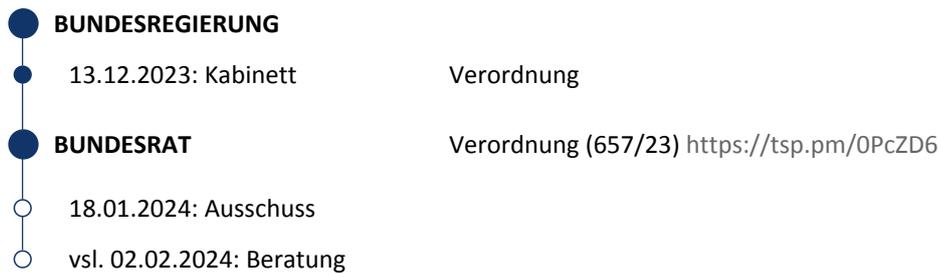
657/23

ZWEITE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER PKW-ENERGIEVERBRAUCHSKENNZEICHNUNGSVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Zustimmungspf.	–

Mit der Verordnung werden die Vorgaben der Pkw-EnVKV an die EU-Verordnung 2017/1151 angepasst und konkretisiert. Das betrifft das WLTP-Prüfverfahren (Worldwide harmonised Lightduty vehicles Test Procedure) zur Messung von Kraftstoffverbrauch, CO₂-Emissionen und Stromverbrauch sowie deren Kennzeichnung.

AKTUELLER STATUS

18.01.2024: Ausschuss Bundesrat

IM PROZESS

621/23

ZWEITE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER VERORDNUNG ÜBER DIE BESCHAFFENHEIT UND DIE AUSZEICHNUNG DER QUALITÄTEN VON KRAFT- UND BRENNSTOFFEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMUV	Zustimmungspfl.	–

Die Änderung der 10. BImSchV dient der Umsetzung der geänderten EU-Richtlinie über die Qualität von Otto- und Dieselmotoren, mit der Diesel B10 eingeführt wird. Darüber hinaus verpflichtet die Richtlinie die Mitgliedstaaten, die Verfügbarkeit der Bestandsschutzsorte Diesel B7 sicherzustellen. Die Änderung der 10. BImSchV dient zudem der rechtlichen Anpassung an die Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe. Außerdem soll paraffinischer Dieselmotoren (XTL) aus Synthese oder Hydrierungsverfahren als Reinkraftstoff nach der Norm DIN EN 15940 in die 10. BImSchV aufgenommen werden.

AKTUELLER STATUS

15.01.2024: Ausschuss Bundesrat

BUNDESREGIERUNG

03.08.2023

Referentenentwurf <https://tsp.pm/HBHRpr>

Stellungnahmen <https://tsp.pm/QG2oGe>

22.11.2023: Kabinett

Verordnung <https://tsp.pm/SnB65s>

BUNDESRAT

Verordnung (621/23) <https://tsp.pm/Z70viy>

15.01.2024: Ausschuss

vsl. 02.02.2024: Beratung

IM PROZESS

20/8295

ERSTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES SAUBERE-FAHRZEUGE-BESCHAFFUNGS-GESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMDV	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Gesetz soll ausgeschlossen werden, dass synthetische Kraftstoffe der DIN 15940 fossilen Ursprungs bei der Erfüllung der Beschaffungsziele von schweren Nutzfahrzeugen oder Dienstleistungen gemäß SaubFahrzeugBeschG beitragen können.

AKTUELLER STATUS**17.01.2024: Ausschuss Bundestag**

BUNDESREGIERUNG	
05.05.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/63v463 Stellungnahmen https://tsp.pm/wPH2SN
21.06.2023: Kabinett	Gesetzentwurf
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (380/23) https://tsp.pm/kTIZOm
13.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (380/1/23) https://tsp.pm/XJCH70
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (380/23(B)) https://tsp.pm/NyrwME Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/Md8wtX
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/8295) https://tsp.pm/LkcnPG
21.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Verkehrsausschuss) Plenarprotokoll (20/122) https://tsp.pm/yR6dor
11.10.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
18.10.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
19.10.2023: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
13.12.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
17.01.2024: Ausschuss	
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/8288

VIERTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BUNDESSCHIENENWEGEAUSBAUGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMDV	Zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Gesetz werden zusätzliche Finanzierungsoptionen im BSWAG geschaffen, um erhöhte Investitionen auch in die bestehende Eisenbahninfrastruktur mit dem Ziel einer Steigerung von deren Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit zu erreichen, ohne gleichzeitig auf eine reine Nutzerfinanzierung und damit überproportional hohe Nutzerentgelte setzen zu müssen. Die neuen Finanzierungsoptionen beziehen sich insbesondere auf Kosten für einmalig anfallenden Aufwand, für Unterhaltung und Instandhaltung, für bauliche Maßnahmen aufgrund rechtlicher Auflagen (etwa Denkmalschutz), für Digitalisierung, für bestimmte Folgekosten bei vom Bund initiierten Investitionsprogrammen und für nachhaltige beziehungsweise erweiterte Ersatzinvestitionen.

AKTUELLER STATUS

17.01.2024: Ausschuss Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
07.06.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/muqcEU
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (379/23) https://tsp.pm/15QVz2
13.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (379/1/23) https://tsp.pm/8S8g66
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (379/23(B)) https://tsp.pm/VtKKIB Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/Yvtn7h
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8288) https://tsp.pm/BkBaJ8
20.09.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
21.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Verkehrsausschuss) Plenarprotokoll (20/122) https://tsp.pm/ARxQl4
09.10.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/W4gryb Stellungnahmen https://tsp.pm/vyq6EE
11.10.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
18.10.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
19.10.2023: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
08.11.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
15.11.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
13.12.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
17.01.2024: Ausschuss	
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/7800

GESETZ ÜBER DIE FESTSTELLUNG DES BUNDESHAUSHALTSPLANS FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2024 (HAUSHALTSGESETZ 2024)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Nicht zustimmungspfl.	–

Gemäß § 11 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung ist für das Haushaltsjahr 2024 ein Haushaltsplan aufzustellen. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans werden gemäß § 29 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung von der Bundesregierung beschlossen. Der vom Bundesministerium der Finanzen aufgestellte Entwurf des Haushaltsplans beruht auf den dem Bundesministerium der Finanzen von den jeweils zuständigen obersten Bundesbehörden übersandten Voranschlägen der Einzelpläne und den Ergebnissen der nachfolgenden bilateralen Ressortverhandlungen.

AKTUELLER STATUS

18.01.2024: Ausschuss Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
● 05.07.2023: Kabinett	Gesetzentwurf
BUNDESRAT	
● 14.09.2023: Ausschuss	Gesetzentwurf (320/23) https://tsp.pm/xUPVnw
● 29.09.2023: 1. Beratung	Empfehlungen der Ausschüsse (320/1/23) https://tsp.pm/77kW2Z Stellungnahme (320/23(B)) https://tsp.pm/vHb01A Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/jvSxLt
BUNDESTAG	
● 05.07.2023: Ausschuss	Gesetzentwurf (20/7800) https://tsp.pm/RNnOl2
● 05.09.2023: 1. Lesung	Berichtersteller: Rohde (SPD), Haase (CDU/CSU), Kindler (Grüne), Fricke (FDP), Boehring (AfD), Löttsch (fraktionslos) Überweisung (federführend: Haushaltsausschuss) Plenarprotokoll (20/117) https://tsp.pm/DwQvMd
● 16.11.2023: Ausschuss	Bereinigung
● 21.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/HkOy7r Stellungnahmen https://tsp.pm/GtfaSD
● 23.11.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
○ 18.01.2024: Ausschuss	Bereinigung
○ vsl. 02.02.2024: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
○ vsl. 02.02.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

20/10014

DRITTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Nicht zustimmungspfl.	–

Aufbauend auf der geplanten Schaffung eines Wasserstoff-Kernetzes als erste Stufe enthält der vorliegende Gesetzentwurf die zweite Stufe zur Entwicklung eines Wasserstoffnetzes für die Beschleunigung des Wasserstoffhochlaufs. Ziel ist es, über das Wasserstoff-Kernetz hinaus weitere Wasserstoffverbraucher und -erzeuger sowie Wasserstoffspeicher anzubinden und ein flächendeckendes, vermaschtes Wasserstoffnetz aufzubauen. Gleichzeitig enthält der Gesetzentwurf Regelungen zur Finanzierung des Wasserstoff-Kernetzes.

AKTUELLER STATUS**19.01.2024: 1. Lesung Bundestag**

BUNDESREGIERUNG	
12.10.2023	Referentenentwurf
15.11.2023: Kabinett	Gesetzentwurf
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (590/23) https://tsp.pm/u6nYts
30.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (590/1/23) https://tsp.pm/Jno3f1
15.12.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (590/23(B)) https://tsp.pm/1iARfP Plenarprotokoll (1040) https://tsp.pm/U1lUe9
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/10014) http://tsp.pm/vVnyy3
17.01.2024: Ausschuss	Anberatung und Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung
19.01.2024: 1. Lesung	Überweisung (vgl. federführend: Ausschuss für Klimaschutz und Energie)
vsl. 21.02.2024: Anhörung	
vsl. 21.02.2024: Ausschuss	
vsl. 22.02.2024: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
vsl. 07.03.2024: Ausschuss	
vsl. 22.03.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

20/9844

VERORDNUNG ZUR NEUFASSUNG DER SIEBENUNDREIßIGSTEN VERORDNUNG ZUR DURCHFÜHRUNG DES BUNDES-IMMISSIONSSCHUTZGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMUV	Zustimmungspfl.	–

Die Verordnung setzt Vorgaben um, die im Zusammenhang mit der Überarbeitung der europäischen RED II notwendig werden. Darunter fallen etwa Vorgaben für die Herstellung von flüssigen und gasförmigen erneuerbaren Kraftstoffen nichtbiogenen Ursprungs für den Verkehr sowie für die Methode zur Ermittlung der Treibhausgaseinsparungen dieser Kraftstoffe. Außerdem wird das nationale Recht so geändert, dass künftig neben flüssigen oder gasförmigen erneuerbaren Kraftstoffen nichtbiogenen Ursprungs und biogenen Ölen, die in einem raffinerietechnischen Verfahren gemeinsam mit mineralölstämmigen Ölen hydriert worden sind, auch biogener Wasserstoff auf die Treibhausgasquote anrechenbar ist.

AKTUELLER STATUS

13.12.2023: Bundeskabinett

BUNDESREGIERUNG

- 05.12.2023 Referentenentwurf <https://tsp.pm/I5sLrm>
- 13.12.2023: Kabinett Verordnung

BUNDESTAG

- Verordnung (20/9844) <https://tsp.pm/kmxcu0>
- vsl. 13.03.2024: Ausschuss
- vsl. 15.03.2024: Beratung

IM PROZESS

20/8704

GESETZ ZUM KONTROLLIERTEN UMGANG MIT CANNABIS UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER VORSCHRIFTEN (CANNABISGESETZ – CANG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit der geplanten Neuregelung sollen der gemeinschaftliche, nichtgewerbliche Eigenanbau und der private Eigenanbau von Konsumcannabis erlaubt werden. Zugleich werden Anforderungen an den Kinder- und Jugendschutz und den Gesundheitsschutz gestellt. In diesem Sinne sollen Präventionsangebote ausgebaut und ein allgemeines Werbe- und Sponsoringverbot für Cannabis für nicht medizinische Zwecke und Anbauvereinigungen eingeführt werden.

AKTUELLER STATUS

06.11.2023: Öffentliche Anhörung

BUNDESREGIERUNG	
26.10.2022	Eckpunkte https://tsp.pm/VOSde4
12.04.2023	Eckpunkte https://tsp.pm/2RAQ7x
06.07.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/GBGeca Stellungnahmen https://tsp.pm/XSK3ip
16.08.2023: Kabinett	Gesetzentwurf https://tsp.pm/LGYnkN
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (367/23) https://tsp.pm/4vx8Pi
13.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (367/1/23) https://tsp.pm/D3swGg
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (367/23(B)) https://tsp.pm/xXrFkp Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/7ubF4Z
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/8704) https://tsp.pm/AQmKGY
27.09.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
13.10.2023: 1. Lesung	Absetzung von TO
18.10.2023: Anhörung	Absetzung von TO
18.10.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Gesundheitsausschuss) Plenarprotokoll (20/130) https://tsp.pm/m6dWeS
06.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/J567we Stellungnahmen https://tsp.pm/D3pkZe
06.11.2023: Ausschuss	
vsl. 23.02.2024: Ausschuss	
vsl. 24.02.2024: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
vsl. 22.03.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

20/8290

ZWEITES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BUNDES-KLIMASCHUTZGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Gesetz sollen im KSG Jahresemissionsgesamtmengen für alle Sektoren aggregiert eingeführt werden. Hinsichtlich einer Überschreitung der zur Zielerreichung festgelegten Jahresemissionsgesamtmengen sollen Projektionsdaten zur Bewertung herangezogen werden, um eine mehrjährige und vorausschauende Betrachtung vorzunehmen. Entscheidend für die Auslösung einer Nachsteuerung soll nunmehr eine sektor- und jahresübergreifende Gesamtbetrachtung der Jahresemissionsgesamtmengen der Jahre 2021 bis einschließlich 2030 sein. Ein Nachsteuerungsmechanismus soll ausgelöst werden, wenn die Prognose in zwei aufeinanderfolgenden Jahren ergibt, dass die Jahresemissionsgesamtmengen in Summe überschritten werden. Außerdem sieht das Gesetz eine Verordnungsermächtigung für die Bundesregierung vor, im Jahr 2024 ein Ziel für technische Senken für die Jahre 2035, 2040 und 2045 zu bestimmen.

AKTUELLER STATUS

13.12.2023: Ausschuss Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
13.06.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/1TB3Jx
21.06.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (384/23) https://tsp.pm/GQgD2C
14.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (384/1/23) https://tsp.pm/cUZloF
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (384/23(B)) https://tsp.pm/5Uyv4r Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/RZ4jQi
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8290) https://tsp.pm/rPZc6O
22.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Klimaschutz und Energie) Plenarprotokoll (20/123) https://tsp.pm/kOfskO
11.10.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
18.10.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
08.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/0MZJef Stellungnahmen https://tsp.pm/qCPmiQ
13.12.2023: Ausschuss	
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/8093

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ONLINEZUGANGSGESETZES SOWIE WEITERER VORSCHRIFTEN ZUR DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG (OZGÄNDG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll das Onlinezugangsgesetz (OZG), dessen Zielvorgaben zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nicht erreicht wurden, überarbeitet und weiterentwickelt werden. Dazu ist eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen. Unter anderem sollen die Umsetzungsfrist gestrichen, ein begleitendes Monitoring eingeführt und zentrale Basisdienste durch den Bund bereitgestellt werden. Beabsichtigt ist außerdem Digital-Only für Unternehmensleistungen, die Verbindlichkeit des einheitlichen Organisationskontos sowie die Bereitstellung eines einheitlich erreichbaren Beratungsangebots im Portalverbund. Das Once-Only-Prinzip soll durch eine Generalklausel festgeschrieben und die Möglichkeit der vollständigen elektronischen Abwicklung (Ende-zu-Ende-Digitalisierung) wesentlicher Verwaltungsleistungen geschaffen werden.

AKTUELLER STATUS

09.10.2023: Öffentliche Anhörung

BUNDESREGIERUNG	
20.01.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/zfNKPd Stellungnahmen https://tsp.pm/XKkK28
24.05.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/Fhkl21
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (226/23) https://tsp.pm/KsZ5gt
22.06.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (226/1/23) https://tsp.pm/prgLA0
07.07.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (226/23(B)) https://tsp.pm/4T0bf8 Plenarprotokoll (1035) https://tsp.pm/MJpcvY
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8093) https://tsp.pm/DeLJdR
20.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Inneres und Heimat) Plenarprotokoll (20/121) https://tsp.pm/pJWbFi
27.09.2023: Ausschuss	Berichterstatte: Kreiser (SPD), Heilmann (CDU/CSU), Khan (Grüne), Redder (FDP), Janich (AfD), Pau (fraktionslos) Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
09.10.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/ZqHwIC Stellungnahmen https://tsp.pm/gTpGmg
BUNDESRAT	

IM PROZESS

588/23

GESETZ ZUR STÄRKUNG VON WACHSTUMSCHANCEN, INVESTITIONEN UND INNOVATION SOWIE STEUERVEREINFACHUNG UND STEUERFAIRNESS (WACHSTUMSCHANCENGESETZ)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Zustimmungspf. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Ziel, die Liquiditätssituation von Unternehmen zu verbessern und Impulse zu setzen, damit sie dauerhaft mehr investieren und Innovationen wagen können, sollen das Steuersystem mit dem Gesetz an diversen Stellen vereinfacht und durch Anhebung von Schwellenwerten und Pauschalen insbesondere kleine Betriebe von Bürokratie entlastet werden. Vorgesehen ist unter anderem die Einführung einer Investitionsprämie zur Beförderung der Transformation der Wirtschaft in Richtung von insbesondere mehr Klimaschutz, die befristete Einführung einer degressiven Absetzung für Abnutzung (AfA) für Wohngebäude und die Stärkung der steuerlichen Forschungsförderung. Ferner soll mit dem Gesetz die Grundlage geschaffen werden, die temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes für die Lieferung von Gas über das Erdgasnetz und von Wärme über ein Wärmenetz bereits zum 31. Dezember 2023 auslaufen zu lassen. Der Gesetzgeber hatte die Regelung ursprünglich bis zum 31. März 2024 befristet.

AKTUELLER STATUS

24.11.2023: 2. Beratung Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
14.07.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/5ZFbCT
30.08.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/AaqFd9
BUNDES RAT	Gesetzesentwurf (433/23) https://tsp.pm/7Nph7i
05.10.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (422/1/23) https://tsp.pm/pi57AO
20.10.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (433/23(B)) https://tsp.pm/coFfj8 Plenarprotokoll (1037) https://tsp.pm/7hvgch
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8628) https://tsp.pm/690ChL
13.10.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Finanzausschuss) Plenarprotokoll (20/129) https://tsp.pm/yCxyE
18.10.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
06.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste und Stellungnahmen (Teil 1) https://tsp.pm/Q2LulG Sachverständigenliste und Stellungnahmen (Teil 2) https://tsp.pm/zXv3TE
08.11.2023: Ausschuss	
15.11.2023: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (20/9341) https://tsp.pm/lB18en
17.11.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/138) https://tsp.pm/hdSu9l
BUNDES RAT	Gesetz (588/23) https://tsp.pm/lGo02O
20.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (588/1/23) https://tsp.pm/QXokx3
24.11.2023: 2. Beratung	Anrufung des Vermittlungsausschusses (588/23(B)) https://tsp.pm/2eKisW Plenarprotokoll (1038) https://tsp.pm/l17HMA
VERMITTLUNGS AUSSCHUSS	

IM PROZESS

560/23

VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER LUFTSICHERHEITSGEBÜHRENVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Zustimmungspfl.	–

Mit der Verordnung werden fehlende Gebührentatbestände geschaffen und Gebührensätze im Bereich der LuftSiGebV angepasst.

AKTUELLER STATUS**15.12.2023: Beratung Bundesrat**

●	BUNDESREGIERUNG	
●	01.11.2023: Kabinett	Verordnung
●	BUNDESRAT	Verordnung (560/23) https://tsp.pm/ILFV1
●	30.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (560/1/23) https://tsp.pm/mGFLF1
●	15.12.2023: Beratung	Zustimmung/Änderungen (560/23(B)) https://tsp.pm/wSz5Zm Plenarprotokoll (1040) https://tsp.pm/GtFGpG
●	BUNDESREGIERUNG	

IM PROZESS

555/23

VIERTE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER GEBÜHRENRDUNG FÜR MAßNAHMEN IM STRAßENVERKEHR

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMDV	Zustimmungspf.	–

Mit der Verordnung werden die Gebühren im Bereich des Fahrerlaubniswesens um elf Prozent und im Bereich der Fahrzeuge und Fahrzeugteile um zwölf Prozent erhöht.

AKTUELLER STATUS

15.12.2023: Beratung Bundesrat

● BUNDESREGIERUNG	
● BUNDESRAT	Verordnung (555/23) https://tsp.pm/mJlCp0
● 29.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (555/1/23) https://tsp.pm/VIAbvn
● 15.12.2023: Beratung	Zustimmung/Änderungen; EntschlieÙung (555/23(B)) https://tsp.pm/k5kkOK Plenarprotokoll (1040) https://tsp.pm/510YYD
● BUNDESREGIERUNG	



ÜBERSICHT DER KW 3

Ausblick auf die politischen Termine 15.01. bis 21.01.2024



PLENUM

- 146. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 147. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 148. Sitzung des Deutschen Bundestages

AUSSCHÜSSE

- 78. Sitzung des Finanzausschusses (Öffentliche Anhörung)
- 62. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- 58. Sitzung des Ausschusses für Tourismus
- 64. Sitzung des Verkehrsausschusses
- 94. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie
- 68. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat
- 66. Sitzung des Wirtschaftsausschusses
- 58. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- 73. Sitzung des Haushaltsausschusses



PLENUM

- Keine Sitzung.
- Nächste Sitzung: 02.02.2024

AUSSCHÜSSE

- 421. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- 637. Sitzung des Ausschusses für Kulturfragen
- 1005. Sitzung des Rechtsausschusses
- 936. Sitzung des Wirtschaftsausschusses
- 742. Sitzung des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union

 **TERMINE**

KW 3

Montag, 15.01.2024

Fraktionsklausur der FDP

DVF-Jahresauftaktveranstaltung 2024

Dienstag, 16.01.2024

Bertelsmann Stiftung zu klimaschädlichen Subventionen

Mittwoch, 17.01.2024

30. H2-Wirtschaftsgespräch

BMDV-Neujahrsempfang

Donnerstag, 18.01.2024

Neujahrsempfang der City of Aerospace

Freitag, 19.01.2024

difu zu Mobilitätskonzepten

PLENUM**Mittwoch, 17.01.2024 | 13:00 Uhr****146. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top 1** Befragung der Bundesregierung (Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, und Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze)
- Top 2** Fragestunde (20/...)
- Top 4** Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU: Bioenergie eine klare Zukunftsperspektive geben und bestehende Hemmnisse beseitigen (20/...)

Donnerstag, 18.01.2024 | 09:00 Uhr**147. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top 15** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Wirtschaftsausschusses (20/7010) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken (20/7010)
- Top 18** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen (20/6412) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Potentiale der Digitalisierung jetzt nutzen – Smart Cities und Smarte.Land.Regionen voranbringen (20/...) und zu dem Antrag der AfD-Fraktion: Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt (20/5618)

Freitag, 19.01.2024 | 09:00 Uhr**148. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top 20** Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht zur Halbzeit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Mit Mut gemeinsam Zukunft gestalten – weiter Fahrt aufnehmen (20/8719)
- Top 22** Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU: Vorteile von Per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen weiter nutzen, Wertschöpfung erhalten, Gesundheit und Umwelt schützen (20/...)
- Top 23** Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (20/10014)

AUSSCHÜSSE**Montag, 15.01.2024 | 13:30 Uhr****78. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES (ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG)**

- Top 1** Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (20/9999)

Mittwoch, 17.01.2024

62. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, NUKLEARE SICHERHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

- Top 15** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen: Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern (20/7717)
- Top 16** Bericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zu den Ergebnissen des EU-Ministerrates (Umwelt) am 18. Dezember 2023 in Brüssel

Mittwoch, 17.01.2024

58. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR TOURISMUS

- Top 1** Bericht der Bundesregierung zu den aktuellen steuerlichen Rahmenbedingungen in der Tourismusbranche einschließlich geplanter Veränderungen im Jahr 2024

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:30 Uhr

64. SITZUNG DES VERKEHRSAUSSCHUSSES

- Top 1a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (20/8288)
- Top 1b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes – Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung (20/8651)
- Top 1c** Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Schiene in die Zukunft führen – Deutsche Bahn AG neu aufstellen (20/7350)
- Top 1d** Antrag der AfD-Fraktion: Die Deutsche Bahn AG zielgerichtet und wirkungsvoll reformieren (20/7197)
- Top 1e** Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof: Bericht nach § 99 der Bundeshaushaltsordnung zur Dauerkrise der Deutschen Bahn AG – Hinweise für eine strukturelle Weiterentwicklung (20/7025)
- Top 2a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes (20/8295)
- Top 2b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes – Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung (20/8647)
- Top 3** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht über das Ergebnis der Vorplanung und der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung ABS Paderborn-Halle (Kurve Mönchehof-Ihringshausen) "Kurve Kassel" (20/7777)
- Top 4** Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Der Bundesminister für Digitales und Verkehr muss sein Versprechen einlösen – Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors (20/9322)
- Top 5** Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Weltforum für die Harmonisierung der Regelungen für Kraftfahrzeuge der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa zu Vorschlägen für Änderungen der UN-Regelungen Nr. 0, 14, 16, 17, 24, 43, 48, 53, 74, 86, 90, 94, 95, 100, 122, 129, 134, 135, 137, 145, 149, 153, 154, 157, 160, 161 und 162, zu Vorschlägen für eine neue UN-Regelung über Ereignisdatenspeicher für schwere Nutzfahrzeuge und eine neue UN-Regelung über Kinderrückhaltesysteme für die sicherere Beförderung von Kindern in Bussen und zu einem Vorschlag zur Änderung der Gemeinsamen EntschlieÙung Nr. 1 der UN zu vertreten ist

- Top 6** Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Anhang XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens zu vertretenden Standpunkt (Schiffsüberprüfung)
- Top 7** Bericht des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr: Geplante Kürzungen beim Schienengüter- und Personenfernverkehr im Haushalt 2024 – auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU
- Top 8** Bericht des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr: Verpasste Ziele bei Brückenmodernisierungen – auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:30 Uhr

94. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR KLIMASCHUTZ UND ENERGIE

- Top 2b** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz: Auslaufen des Umweltbonus für Elektrofahrzeuge am 17. Dezember 2023
- Top 4** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (590/23) – Anberatung und Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 21. Februar 2024

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:00 Uhr

68. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR INNERES UND HEIMAT

- Top 12** Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für einen Konzeptentwurf zur Koordinierung der Reaktion – auf Unionsebene – auf Störungen kritischer Infrastrukturen von erheblicher grenzüberschreitender Bedeutung
- Top 24** Bericht der Bundesregierung zum Sicherheitszustand deutscher Flughäfen vor dem Hintergrund der Geiselnahme am Hamburger Flughafen vom 4.11.2023 – auf Antrag der Fraktion der AfD

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:00 Uhr

66. SITZUNG DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES

- Top 1** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz über die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland
- Top 2** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationales Reformprogramm 2023 (20/6200)
- Top 4** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von NettoNull-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrieverordnung)
- Top 5a** Mitteilung der Kommission Arbeitsprogramm für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2022-2024

Mittwoch, 17.01.2024 | 14:00 Uhr

58. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR DIE ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Top 13.02** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Strategische Vorausschau 2022: Verzahnung des grünen und des digitalen Wandels im neuen geopolitischen Kontext

Mittwoch, 17.01.2024 | 14:00 Uhr

73. SITZUNG DES HAUSHALTSAUSSCHUSSES

- Top 8** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz über die Mittelverwendung im Wirtschaftsstabilisierungsfonds zum 30. November 2023
- Top 10** Unterrichtung durch das Bundesministerium der Finanzen: Haushaltsführung 2023; Unterrichtung über die Aufhebung der haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 41 BHO der Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt 2023
- Top 15e** Bericht des BRH nach § 88 Abs. 2 BHO zur "Stärkung der Schienenverkehrsinfrastruktur; Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (BSWAG-E)"
- Top 16** Bericht des BRH nach § 88 Abs. 2 BHO zum Brückenmodernisierungsprogramm des Bundes für Autobahnbrücken



BUNDESRAT

PLENUM

Keine Sitzung.

Nächste Sitzung: 02.02.2024

AUSSCHÜSSE

Montag, 15.01.2024 | 11:00 Uhr

421. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

- Top 12** Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen (621/23)

Montag, 15.01.2024 | 12:30 Uhr

637. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR KULTURFRAGEN

- Top 3** Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 12. März 2019 zur Gründung des "Square Kilometre Array"-Observatoriums (678/23)

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:30 Uhr

1005. SITZUNG DES RECHTSAUSSCHUSSES

- Top 2** Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2118 im Hinblick auf die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht und zur Änderung anderer versicherungsrechtlicher Vorschriften (6/24)

Donnerstag, 18.01.2024

936. SITZUNG DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES

- Top 10** Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz – PostModG) (677/23)
- Top 21** Zweite Verordnung zur Änderung der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (657/23)

Freitag, 19.01.2024 | 10:00 Uhr

742. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR FRAGEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Top 10** Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/106/EWG des Rates im Hinblick auf einen Unterstützungsrahmen für den intermodalen Güterverkehr und der Verordnung (EU) 2020/1056 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Berechnung der Einsparungen bei externen Kosten und die Erhebung aggregierter Daten (644/23)

 **TERMINE**

KW 3

Montag, 15.01.2024**FRAKTIONSKLAUSUR DER FDP****Montag, 15.01.2024 | 18:00 Uhr - 22:30 Uhr****DVF-JAHRESAUFTAKTVERANSTALTUNG 2024**

Titel: Überholspur oder Abstellgleis? Industriepolitik für den Mobilitätsstandort Deutschland

Veranstalter: Deutsches Verkehrsforum (DVF)

Teilnehmer: Isabel Cademartori MdB (verkehrspolitische Sprecherin, SPD-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, CDU/CSU-Fraktion), Prof. Dr. Raimund Klinkner (Vorsitzender des Präsidiums, DVF), Kai Mentel (Geschäftsführer, Hübner Gruppe), Jure Mikolčić (CEO, Stadler Rail)

Link: <https://tsp.pm/byjq5>

Ort: Marriott Hotel, Inge-Beisheim-Platz 1, 10785 Berlin

Dienstag, 16.01.2024 | 18:30 Uhr**BERTELSMANN STIFTUNG ZU KLIMASCHÄDLICHEN SUBVENTIONEN**

Format: Parlamentarischer Abend

Titel: Klimaschädliche Subventionen: Reformbedarf, Reformoptionen und Folgeabschätzungen für Klima, Gesellschaft und Wirtschaft

Veranstalter: Bertelsmann Stiftung

Teilnehmer: Andreas Jung MdB (energie- und klimapolitischer Sprecher, CDU/CSU-Fraktion), Dr. Sebastian Schäfer MdB (Obmann im Haushaltsausschuss, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Andreas Esche (Direktor Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft, Bertelsmann Stiftung), Sara Holzmann (Project Manager Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft, Bertelsmann Stiftung), Jan Limbers (Senior Experte, Prognos AG)

Ort: Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Mittwoch, 17.01.2024 | 07:30 Uhr - 09:30 Uhr**30. H2-WIRTSCHAFTSGESPRÄCH**

Format: Fachgespräch

Titel: H2-Industriepolitik – grüne Transformation zum Erhalt von Wertschöpfung und Beschäftigung

Veranstalter: Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband (DWV)

Teilnehmer: Felix Banaszak MdB (Mitglied im Wirtschaftsausschuss, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Reinhard Houben MdB (wirtschaftspolitischer Sprecher, FDP-Fraktion)

Ort: Deutsche Parlamentarische Gesellschaft (DPG), Friedrich-Ebert-Platz 2, 10117 Berlin

Mittwoch, 17.01.2024 | 14:00 Uhr

BMDV-NEUJAHRSEMPFANG

Format: Neujahrsempfang

Veranstalter: Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV)

Ort: BMDV, Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Donnerstag, 18.01.2024 | 18:00 Uhr

NEUJAHRSEMPFANG DER CITY OF AEROSPACE

Format: Neujahrsempfang

Titel: 100 Jahre Flugzeugbau Bremen

Veranstalter: Aviaspace Bremen

Teilnehmer: Dr. Anna Christmann MdB (Kordinatorin der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt; Beauftragte für die digitale Wirtschaft und Start-ups, BMWK), Kristina Vogt (Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, Bremen)

Ort: Vertretung des Landes Bremen beim Bund, Hiroshimastraße 24, 10785 Berlin

Freitag, 19.01.2024 | 10:00 Uhr - 12:00 Uhr

DIFU ZU MOBILITÄTSKONZEPTEN

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Stadtstruktur, Wohnstandortwahl und Alltagsmobilität

Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Teilnehmer: Uta Bauer (wissenschaftliche Mitarbeiter im Forschungsbereich Mobilität, Difu)

Link: <https://tsp.pm/PnTzKj>

KW 4

Montag, 22.01.2024 | 10:00 Uhr (bis 23.01.2024)

21. INTERNATIONALE KONFERENZ FÜR ERNEUERBARE MOBILITÄT

Format: Fachkongress

Titel: Kraftstoffe der Zukunft 2024

Veranstalter: Bundesverband BioEnergie (BBE), Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB), Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (UFOP)

Teilnehmer: Hartmut Höppner (Staatssekretär, BMDV), Daniel Vilela Oliveira (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz), Dr. Felix Christian Matthes (Forschungskordinator Energie- und Klimapolitik, Öko-Institut)

Link: <https://tsp.pm/Oq32SG>

Ort: CityCube, Messedamm 26, 14055 Berlin

Dienstag, 23.01.2024 | 13:00 Uhr

EMO ZU GETEILTEN MOBILITÄTSLÖSUNGEN

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Shared Mobility – vom Carsharing bis zur Mikromobilität

Veranstalter: Berliner Agentur für Elektromobilität (eMO)

Teilnehmer: Norbert Jagemann (Geschäftsführer, Cambio Berlin Carsharing), Marco Zahn (Regional Manager Berlin & Brandenburg, TIER Mobility)

Link: <http://tsp.pm/vk8wRK>

Dienstag, 23.01.2024 | 13:00 Uhr - 15:00 Uhr

BMWK UND BEM ZU ELEKTROMOBILITÄT

Format: Unternehmensaustausch (Hybrid)

Titel: Maritime Elektromobilität – Anwendungsbereiche, Technologien und Marktentwicklung

Veranstalter: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Bundesverband eMobilität (BEM)

Ort: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Scharnhorststraße 34-37, Tor 1, Raum K1 – A2.028, 10115 Berlin

Donnerstag, 25.01.2024 | 10:00 Uhr

DB ZUM EISENBAHNSEKTOR

Format: Symposium

Titel: Symposium "Wettbewerb & Regulierung im Eisenbahnsektor"

Veranstalter: Deutsche Bahn (DB)

Teilnehmer: Filip Negreanu-Arboreanu (Kabinetttchef von Adina Vălean, EU-Kommissarin für Verkehr), Michael Theurer MdB (Parl. Staatssekretär, BMDV; Beauftragter der Bundesregierung für den Schienenverkehr), Susanne Henckel (Staatssekretärin, BMDV), Herbert Kasser (Generalsekretär des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Österreich), Dr. Richard Lutz (Vorstandsvorsitzender, DB)

Link: <https://tsp.pm/CmWg2a>

Ort: European School of Management and Technology, Schloßplatz 1, 10178 Berlin

Donnerstag, 25.01.2024 | 19:00 Uhr

VDB-NEUJAHRSEMPFANG

Veranstalter: VDB, Verband der Bahnindustrie in Deutschland (VDB)

Link: <http://tsp.pm/06NpPz>

Ort: Deutsche Telekom, Hauptstadtrepräsentanz, Französische Straße 33 a-c, 10117 Berlin

Sonntag, 28.01.2024 | 10:00 Uhr - 19:00 Uhr

EUROPAPARTEITAG DER FDP

Format: Parteitag

Veranstalter: Freie Demokratische Partei (FDP)

Link: <https://tsp.pm/9gkK5Q>

Ort: Station Berlin, Luckenwalder Straße 4-6, 10963 Berlin

IMPRESSUM

TAGESSPIEGEL POLITIKMONITORING

Verlag Der Tagesspiegel GmbH
Askanischer Platz 3 · 10963 Berlin
Geschäftsführer: Gabriel Grabner, Ulrike Teschke
Verantwortlich im Sinne von §55 Abs. 2 RStV: Lorenz Maroldt, Christian Tretbar
Tel: (030) 290 21-15 572
politikmonitoring@tagesspiegel.de
monitoring.tagesspiegel.de